

Engagierter Wissenschaftler setzte Maßstäbe

Faschismusforscher Reinhard Kühnl ist tot

Am 10. Februar 2014 verstarb im Alter von 77 Jahren der Marburger Politikwissenschaftler Prof. Reinhard Kühnl. Als Abendroth-Schüler profilierte er sich schon in den sechziger Jahren mit zwei Arbeiten, die bis heute Maßstäbe in der Faschismusforschung setzten: »Die nationalsozialistische Linke 1925-1930« und »Die NPD – Struktur, Programm und Ideologie einer neofaschistischen Partei«.

Kühnls Interesse als Marxist galt weniger den historischen Details, mehr der Kausalitätsfrage. Welche gesellschaftlichen Kräfte ermöglichten den Aufstieg der NSDAP und wie stellte sich das Verhältnis zwischen den Herrschenden und dem Faschismus an der Macht dar? Seine Antworten waren nie schematisch, wie man in seinen Bestsellern »Formen bürgerlicher Herrschaft: Liberalismus – Faschismus« und der Sammlung »Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten« nachlesen konnte.

Er beteiligte sich engagiert am geschichtspolitischen Streit der achtziger Jahre, in dem er nicht nur eigene inhaltliche Positionen vertrat, sondern durch Veröffentlichung von

kontroversen Texten (z. B. im Band »Faschismus-Theorien« oder »'Die Vergangenheit, die nicht vergeht' – Materialien zum Historikerstreit«) historische Debatten ermöglichte.

Als Gründungs- und Vorstandsmitglied des »Bundes demokratischer Wissenschaftler« verstand er seine Wissenschaft als Impuls für die demokratische Bewegung. Man traf ihn als regelmäßigen Gast in gewerkschaftlichen Seminaren, bei Veranstaltungen der VVN-BdA und der FIR. Er mischte sich in die politischen Auseinandersetzungen der Zeit ein und förderte als akademischer Lehrer insbesondere jene Studierenden, die nicht dem ideologischen »Mainstream« folgten. Dabei suchte er auch den Kontakt



zu Kollegen der DDR, z. B. seit Anfang der achtziger Jahren mit der Universität Jena (Elm/Weißbecker). Diese Zusammenarbeit überdauerte auch den ideologischen Roll-back der Nachwendzeit. Reinhard Kühnl blieb antifaschistischer Wissenschaftler.

Eine schwere Krankheit hinderte ihn seit vielen Jahren, aktiv am politischen Geschehen teilzunehmen. Nun ist seine Stimme endgültig verstummt. **Dr. Ulrich Schneider**

Inhalt

| | |
|---|----|
| Friedenskonferenz in Köln | 2 |
| Prominente fordern NSU-Aufklärung | 3 |
| NS-Opfer im TV-Porträt | 4 |
| Nürnberg: AfD scheitert vor der Wahl | 5 |
| Berlin: Straße nach Edith Kiss benannt | 6 |
| Hamburg: Bericht der Landesdelegiertenkonferenz | 9 |
| Sachsenhausen: Neues Denkmal | 10 |
| Hessen: Reihe zu Emil Carlebach | 11 |
| Gedenken in Emden | 12 |
| Antifaschistische Sozialkonferenz | 13 |
| NRW: Bericht der Landesdelegiertenkonferenz | 14 |
| Diskussion um Täterforschung | 15 |
| Staffelstab weitergereicht | 16 |
| Dresden nazifrei? | 16 |

Anmerkungen zur Entwicklung der Mitgliederzahlen der VVN-BdA im Jahre 2013

Fortsetzung des Konsolidierungstrends

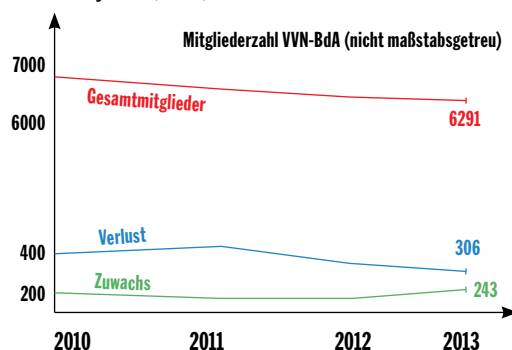
Die Auswertung der Mitgliederentwicklung im Jahr 2013 zeigt die Fortsetzung der Trends, die für die Jahre 2008 bis 2012 beobachtet wurden (siehe antifa März/April 2013). Es war festgestellt worden, dass innerhalb dieser fünf Jahre zwar 2.000 Mitglieder v.a. durch Tod verloren gegangen waren, gleichzeitig aber 1.161 neue Mitglieder eingetreten sind.

2013 sank die Gesamtmitgliederzahl zum Stichtag 31. Dezember auf 6291. Das Gesamtminus von 63 ist es aber das geringste seit der Bildung der gesamtdeutschen VVN-BdA im Jahr 2002. Die Verluste sanken im Vergleich zum Vorjahr von 391 auf 306, die Zugänge stiegen von 227 auf 243. Die Zahl der Zugänge liegt oberhalb der Verluste durch Tod.

Diese globalen Zahlen sind aber das Ergebnis von Entwicklungen auf der Ebene der Landes- und vor allem der Kreisvereinigungen und sollten nicht einfach prognostisch verlängert werden.

Zunächst einmal gibt es keine allgemeinen Ost-West-Unterschiede mehr. Von unseren 16 Landesvereinigungen sind 2013 sieben geringfügig gewachsen, nämlich Bayern, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nieder-

sachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen. Die höchste Zahl der Neuaufnahmen hatte Hessen (42), gefolgt von Berlin (37), Sachsen (28) und Bayern (25). Dies ist im Falle von Hessen, aber auch bei Thüringen und NRW u.a. das Ergebnis von »Reaktivierungen«, also von Neuaufnahme »verlorener« Mitglieder. Auffällig ist das kontinuierliche Wachstum der LV Rheinland-Pfalz in all den Jahren, die mit 203 Mitgliedern die 200er Grenze jetzt überschritten hat. An der Reihenfolge der größten Landesvereinigungen hat sich nichts geändert. Größte Landesvereinigung ist nach wie vor Baden-Württemberg (1139), gefolgt von NRW (940), Berlin (793) und Bayern (698).



Berichtet wird aus den Landesvereinigungen, dass sich die Neuaufnahmen sehr ungleichmäßig verteilen. Es sind demnach häufig immer dieselben Kreisvereinigungen, die in größerem Maße Mitglieder aufnehmen, im Falle von Bayern z.B. Nürnberg, Bamberg und Augsburg. Es gibt im Bundesgebiet auch Kreisvereinigungen, die nicht nur keine Mitglieder werben, sondern ernsthaft Probleme damit haben, neue aufzunehmen, geschweige denn zu integrieren.

Die Anzahl der über das Online-Formular eingetretenen ist auf 77 gestiegen. Diese lassen statistische Auswertungen zu. Sie verteilen sich zunächst einmal über das ganze Bundesgebiet, unabhängig davon, ob es im Wohnort eine Gruppe der VVN-BdA gibt oder nicht. Es sind doppelt so viele Männer wie Frauen eingetreten. Altersmäßig verteilen sich die neuen Mitglieder über ein breites Spektrum von 20 Jahren bis über 60 Jahren. Die größte Einzelgruppe bilden junge Männern bis 30 Jahre. Als Eingangsmitgliedsbeitrag wird vor allem bei Jüngeren häufig 3€ genannt. Die Zahl steigt bei zunehmendem Alter aber bis auf 25 €. Ältere neue Mitglieder geben manchmal an, sich aus familiären Gründen engagieren zu wollen.

Thomas Willms

Strategiekonferenz in Köln: 100 Jahre Krieg, 100 Jahre Pazifismus und Friedensbewegung

Viel Zustimmung, zu wenig Unterstützung

Die Kooperation für den Frieden, ein Zusammenschluss von mehr als fünfzig Organisationen und Initiativen aus der Friedensbewegung, traf sich aus Anlass des 100. Jahrestages des Kriegsbeginns von 1914 in Köln zu ihrer Strategiekonferenz. Rund 150 Vertreterinnen und Vertreter der Friedensgruppen und -initiativen nahmen teil. Als Referenten/Referentinnen wirkten u. a. Prof. Andreas Buro, Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Jürgen Grässlin (DFG-VK) und Jutta Sundermann (attac/Bewegungsstiftung) mit.



Ausgehend von kritisch-historischen Analysen schlug die Konferenz den Bogen zu aktuellen Entwicklungen: aktuelle Kriegslegitimation und Kriegsführung, Ideologien, technologische Fortschritte, Militarisierung heute. Ein besonderer Blick wurde auf die Friedensbewegung, ihre Leistungen und das von ihr Leistbare gerichtet.

So wurde die Frage diskutiert, ob die Friedensbewegung Kriege verhindert habe und ob sie dazu überhaupt in der Lage sei. In Ermangelung von Statistiken und Forschungen zu dieser Frage könne man durchaus davon ausgehen, dass sehr viele Konflikte ohne die Friedensbewegungen zu Kriegen geführt hätten.

Eine zu sehr pazifistische Grundhaltung der deutschen Bevölkerung versetze das »Trio infernale« aus Bundespräsident, Bundesverteidigungsministerin und Außenamtschef derart in Sorge, dass sie nunmehr ganz offen die Übernahme der »Verantwortung weltweit« und das

Führen von Kriegen durch Deutschland fordern, stellte Rainer Braun (Juristen für den Frieden) fest.

Andreas Buro sah die hundert Jahre seit 1914 als Epoche nicht nur von zwei, sondern gar von vier Weltkriegen. So seien nach 1945 der Kalte Krieg und ab 1990 der weltweite Krieg der USA zur Weltherrschaft gefolgt. Dieser sei gescheitert, doch ein neuer großer Weltkonflikt bahne sich an, in dem neue Allianzen sich kriegerisch gebärden – wie die EU unter maßgeblicher Führung Deutschlands. Es gehe um die Eroberung von Märkten, Rohstoffen und Handelswegen. Die Friedensbewegung finde in dieser Situation zwar Zustimmung, aber wenig Unterstützung.

Es bleibt dabei: Die Aufgabe heißt Aufklärung und deutlich zu machen, dass jeder und jede Einzelne durchaus betroffen sein könnte. **U.S.**

Weitere Infos: www.koop-frieden.de

Sowjetische Kriegsgefangene sind NS-Opfer

Petition zeichnen!

Am 27. Januar 2014 sagte der Bundestagspräsident bei der Gedenkstunde im Bundestag über den Krieg gegen die Sowjetunion: »Der rassenideologische Raub- und Vernichtungskrieg, dessen erklärter Zweck die ‚Dezimierung der slawischen Bevölkerung um 30 Millionen‘ war, bediente sich einer weiteren Waffe: des Hungers. Sie erwies sich dort am brutalsten, wo es kein Entkommen gab: im eingeschlossenen Leningrad und in den Kriegsgefangenenlagern. Mehr als die Hälfte aller sowjetischen Kriegsgefangenen, über 3 Millionen Menschen, sind in deutschem Gewahrsam elendig zugrunde gegangen.« Zu dieser zutreffenden Darstellung wurde jetzt eine Erklärung von Eberhard Radczuweit für KONTAKTE-KOHTAKTbI e. V. abgegeben: »Parteifreunde des Bun-

**KONTAKTE!
KOHTAKTbI**

destagspräsidenten blockieren seit sieben Jahren unsere Petition, mit der wir die Anerkennung ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener als NS-Opfer forderten. Die CDU/CSU lehnte auch einen entsprechenden interfraktionellen Antrag der SPD und Grünen ab. So haben wir jetzt eine Öffentliche Petition auf den Weg gebracht, die bis zum 16. März 2014 auf dem PETITIONS-FORUM von www.bundestag.de unter der ID-Nummer 49326 mitgezeichnet werden kann. Ab 50.000 Mitzeichnungen muss der Bundestag die Petition öffentlich beraten. Wir regen dazu an, sich auch deshalb ins Petitions-Forum einzuloggen, um den Diskussionsverlauf dort nicht den Verweigerern zu überlassen. Denn seit Kriegsende gibt es eine Schlussstrichdebatte zur deutschen Verantwortung gegenüber NS-Opfern. Wir hoffen auf Unterstützung des Bürger-Engagements für ‚vergessene‘ NS-Opfer.« Weitere Informationen:

www.kontakte-kontakty.de

Linksfraktion: Zeit für NS-Opfer drängt

Ghettorenten-Gesetz

Aus Anlass der Israel-Reise des Bundeskabinetts und der Thematisierung der entsprechenden Forderungen durch den Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte erklärten antifaschistische Parlamentarier: »Das Problem mit den Ghettorenten muss jetzt unverzüglich gelöst werden.«

Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke, Ulla Jelpke, und der rentenpolitische Sprecher Matthias W. Birkwald haben mit ihrer Fraktion einen Antrag in den Bundestag zu den Ghettorenten eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wird, schnell einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die rechtlichen Grundlagen dafür schafft, dass die Betroffenen eine rückwirkende Auszahlung der Rente ab dem 1. Juli 1997 erhalten. (BT-Drs. 18/636). Jelpke weiter: »Bei der Umsetzung des Ghetto-Renten-

gesetzes (ZRBG) haben sich über Jahre hinweg Ungerechtigkeiten verschiedenster Art angehäuft. Im Ergebnis werden rund 20.000 Betroffenen Rentenleistungen in vier- bis fünfstelliger Höhe vorenthalten. Es kann nicht angehen, dass NS-Opfer, die im Ghetto schufteten mussten, die Rechnung für ein Versagen der deutschen Behörden zahlen müssen.«

Birkwald ergänzte: »Die Ankündigung von Arbeitsministerin Nahles, zügig einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen, begrüßen wir ausdrücklich. Leider zeigt die Erfahrung, dass insbesondere die Union hier stark auf die Bremse tritt. Deshalb machen wir mit unserem Antrag Druck. Wenn wir unserer Verantwortung nachkommen wollen, dürfen wir nicht länger warten. Tausende von Berechtigten sind schon gestorben, ohne jemals ihre vollen Leistungen erhalten zu haben.«

Kampagne für einen »NSU«-Untersuchungsausschuss:

Prominente fordern Aufklärung über Rechtsterrorismus in Baden Württemberg

Die sofortige Einrichtung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der Ermittlungsfragen und Ungereimtheiten bei der Aufklärung des Mordes an der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn fordern fünfzig Persönlichkeiten des politischen Lebens in Baden-Württemberg. Als ErstunterzeichnerInnen einer von der VVN-BdA Baden-Württemberg gestarteten Initiative rufen sie zu einer Unterschriftensammlung auf, die dieser Forderung Nachdruck verleihen soll.

Tatsächlich zeichnet sich die Aufklärung des Mordanschlages auf zwei Polizisten vom 25. April 2007 auf der Heilbronner Theresienwiese als eine Schlüsselfrage für den gesamten Komplex des neofaschistischen Terrortrios »NSU« und des Rechtsterrorismus überhaupt ab. Zu deutlich weicht dieses Verbrechen von dem Tatmuster der sonstigen »NSU«-Morde ab. Auffällig auch, dass die gesamte Taterie nach der Heilbronner Bluttat abgerissen ist.

Im Mittelpunkt der Fragen, die von einem Untersuchungsausschuss beantwortet werden könnten, steht die Frage, warum die Ermittlungsbehörden nie mit Nachdruck den Phantombildern nachgegangen sind, die unmittelbar nach der Tat von Zeugen des Hergangs angefertigt wurden. Keines dieser Bilder gleicht den als Schuldigen ermittelten Nazi-terroristen Mundlos und Bönnhardt;

die Zeugenaussagen weisen auf mehr als zwei Täter hin.

Würden Ergebnisse in dieser Richtung bringbar, dann würde sichtbar, dass sich der Rechtsterrorismus im Lande nicht auf ein »Terrortrio« eingrenzen und seit dem Tod von Mundlos und Bönnhardt als erledigt erklären ließe.

Auch die Frage nach der Verwicklung von Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden in den Rechtsterrorismus bedarf nach Ansicht der Unterzeichner dringend der Aufklärung. »Warum hielten sich am Mordtag mindestens fünf Geheimdienstmitarbeiter in der Nähe des Tatortes auf?«, wird im Text zur Unterschriftensammlung gefragt.

Ein besonders diffuses Licht auf diesen Fall wirft auch der Tod eines Neonaziussteigers, der im September 2013 verbrannt in seinem Fahrzeug auf dem Cannstatter Wasen aufgefunden wurde. Er war an diesem Tag nach Stuttgart gefahren, um beim Landeskriminalamt Aussagen zum Heilbronner Mordfall zu machen. Zuvor schon hatte er von einer weiteren Naziterrorgruppe berichtet, die für den Heilbronner Mordfall verantwortlich sei. Überraschend schnell legten sich die Ermittlungsbehörden auf »Selbstmord aus Liebeskummer« fest, ohne dafür auch nur Anhaltspunkte zu nennen. Zahlreiche Indizien stellen auch diese Ermittlungen in Frage.

Die Öffentlichkeit habe ein Recht darauf, die Wahrheit über diese Ungereimtheiten zu erfahren, erklären die Unterzeichner. Dazu sei ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss, wie ihn bereits andere Bundesländer eingerichtet haben, unerlässlich.

Auch viele politische Organisationen haben bereits einen Untersuchungsausschuss gefordert. Zuletzt beschloss der DGB Baden-Württemberg auf seiner Landesbezirkskonferenz einen entsprechenden Antrag.

»Wir hoffen sehr, dass diese Kampagne dazu beiträgt, nun endlich die Blockade aufzuheben, die es derzeit im Landtag gegen einen Untersuchungsausschuss gibt«, fasst Janka Kluge, Landessprecherin der VVN-BdA, das Anliegen dieser Aktion zusammen. DL

Alfred-Hausser-Preis ausgeschrieben

Zum vierten Mal hat die VVN-BdA in Baden-Württemberg nun den Alfred-Hausser-Preis ausgeschrieben, der nach dem Antifaschis-



ten und langjährigen Ehrenvorsitzenden der Vereinigung benannt wurde.

Der Preis richtet sich an Jugendgruppen, Schulklassen, Geschichtswerkstätten

und andere Menschen oder Gruppen, die nach Spuren von Widerstand und Verfolgung während der Nazizeit forschen und Aufklärung darüber leisten. Weitere Infos gibt's bei der VVN-BdA Baden-Württemberg. Dorthin sind auch Bewerbungen oder Vorschläge für Preisträger und Preisträgerinnen zu richten. Bewerbungsschluss ist der 31.6.2014. Der Preis wird auf der Landeskonferenz im November 2014 vergeben.



Foto: Rheinauer Bündnis bunt statt braun.

Faschismus ist keine Ordnungswidrigkeit, sondern Menschenverachtung

Wohl als offene Provokation war die Mahnwache »symbolische 12 Minuten für die Freiheit« gedacht, die die Nazi-Truppe »Freie Kräfte Karlsruhe« am 30. Januar auf dem Baden-Badener Goethe-Platz angemeldet hatte. Dieser Platz führte dennemals den Namen Adolf-Hitler-Platz, und gerade dort wollten von »19.33 bis 19.45 Uhr« 88 Nazis an eine »Freiheit« gemahnen, die 60 Millionen Menschen das Leben kostete.

Tagelang quälte sich die Stadtverwaltung mit der Entscheidung, ob sie nun verbieten solle oder nicht. Sie empfing erst einmal die Nazis zum Gespräch. Schließlich entschied sie sich dann doch, nach »Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen«, zum Verbot. Natürlich nicht, weil

es sich um die Verherrlichung von Krieg und Massenmord handelte, sondern wegen der zu erwartenden »Gefährdung von Sicherheit und Ordnung« angesichts der angesagten Gegendemo. Was die Stadt versäumte, die Bürgerinnen und Bürger machten es wieder gut: Statt der 88 Nazinasen fanden sich 700 Menschen ein, um gegen die Naziprovokation zu demonstrieren. »Faschismus ist keine Meinung, sondern Menschenverachtung«, war eine der Parolen.

Redaktion dieser Seite:

Dieter Lachenmayer, VVN - Bund der Antifaschisten Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V. Böblinger Str. 195, 70199 Stuttgart, tel 0711 603237, fax 0711 600718

„NSU“ und Rechtsterrorismus in Ba-Wü:

Aufklärung tut not!
Untersuchungsausschuss JETZT
UNTERZEICHNEN!



<http://untersuchungsausschussjetzt.vvn-bda.de>

Über neun Jahrzehnte lang engagiert

Abschied von Hans Taschner

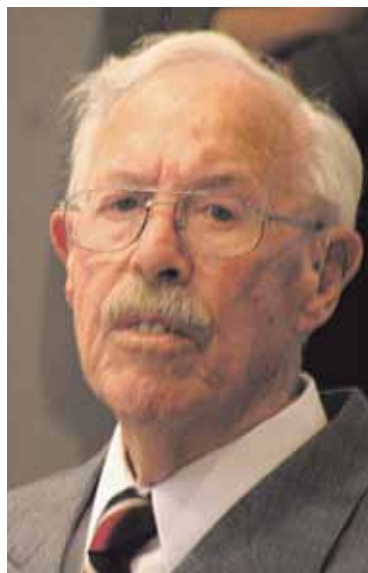
Am 11. Dezember 2013 ist unser Kamerad Hans Taschner im Alter von 102 Jahren verstorben. So lange es seine Kräfte zuließen, war er, auch nachdem er das hundertste Lebensjahr schon überschritten hatte, noch dabei bei Gedenkfeiern und Veranstaltungen, die an die Opfer des NS-Regimes erinnerten und die das »Nie wieder!« der KZ-Überlebenden an jüngere Generationen weiterzugeben versuchten. Bis zu seinem Lebensende war er Mitglied des Präsidiums der Lagergemeinschaft Dachau.

Hans Taschner entstammte einem Elternhaus, das schon früh im sozialdemokratischen Umfeld engagiert war. Sein Vater gehörte zu den Gründern des Konsumvereins, die Eltern leiteten zeitweise eine Filiale dieser Lebensmittel-Versorgungsgenossenschaft.

Mit 16 Jahren beginnt Hans, sich selbst politisch zu engagieren. In den Jahren vor 1933 gehört er zum Umfeld des ISK, des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes. Schon früh warnt diese eher kleine Gruppe, die aber in München vor allem bei vielen jungen Gewerkschaftern Resonanz findet, vor dem heraufziehenden Faschismus und setzt sich

ein für einen parteiübergreifenden Widerstand gegen diese drohende Gefahr.

Bei der Machtübernahme der Nazis ist Hans Taschner als damals bei der »Arbeiterwohlfahrt« Beschäftigter ohnehin gefährdet. Eine Denunziation aus der Nachbarschaft bringt ihn schließlich ins Gefängnis und anschließend für vier Jahre ins Konzentrationslager Dachau. Dort muss er anfangs in der Kiesgrube schuften, wird unter anderem im gefürchteten »Bunker«, dem Zellentrakt des Lagers, eingesperrt und von den Nazischergen gefoltert. 1939 gehört er zu den 500 Häftlingen, die aus Anlass von



»Führers Geburtstag« überraschend freigelassen werden, kurz danach wird er eingezogen und in den Krieg nach Russland geschickt.

Nachdem Hans Taschner Faschismus und Krieg überlebt hat, kommt er zurück nach Bayern und

hält von seinem zur Gemeinde Inning gehörenden Wohnsitz zwischen Ammersee und Wörthsee aus Kontakt zu den Genossen und Kameraden von früher. Ehemalige ISKler aus München wie Ludwig Linsert und Ludwig Koch engagieren sich nach den Jahren der Verfolgung parteipolitisch in der SPD, sehen ihren Arbeitsschwerpunkt aber vor allem im Aufbau und der Neuorganisation der bayerischen Gewerkschaften.

Ihnen bleibt Hans politisch und persönlich besonders verbunden, auch wenn er eine Selbständigenlaufbahn einschlägt und schließlich selbst eine kleine Firma sein eigen nennt. Mit 70 Jahren setzt er sich schließlich beruflich zur Ruhe, bleibt politisch aber weiterhin hellwach und engagiert auf vielen Ebenen. Als Zeitzeuge, auch bei zahlreichen Veranstaltungen und Seminaren der VVN-BdA, aber auch im hohen Alter noch bei öffentlichen Kundgebungen, wenn es gilt, Neonazi-Aufmärschen entgegentreten.

Ein beeindruckendes Gespräch

TV-Porträt über Ernst Grube im Sender BR-alpha



»Screenshot« von der TV-Sendung

Unter dem Titel »Ernst Grube: Opfer des NS-Regimes« war auf dem bayerischen Fernseh-Bildungskanal BR-alpha im Januar ein ausführliches Porträt des Münchner Theresienstadt-Überlebenden und bis heute in vielen regionalen und überregionalen Organisationen, Gremien und Initiativen aktiven VVN-Gründungsmitglieds Ernst Grube zu sehen. Das Gespräch mit Sybille Kraft fand in der Reihe »alpha-Forum« statt.

Zu diesem Sendeformat merkt der BR an: »Im alpha-Forum kommen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, Religion und Kultur in 45 Minuten ausführlich zu Wort. In hintergründigen Zwiegesprächen entstehen Porträts der Interviewten, in denen genügend Zeit für Details und Nuancen bleibt. Nicht das kurze, mediengerechte Zitat, sondern der Lebensweg des Gesprächspartners mit all seinen Erfolgen und Rückschlägen steht im Mittelpunkt von alpha-Forum.«

Zwar zeigte sich im Verlauf des Gespräches, das Sybille Kraft – selbst als Autorin und Filmemacherin seit langem unterwegs in Themenfeldern, die mit der NS-Zeit, mit Verfolgung und Widerstand zu tun haben – kenntnisreich und einfühlsam moderierte, dass der Befragte gerne noch mehr Zeit für »Details und Nuancen« gehabt hätte. Aber auch so (anzusehen im Internet unter br.de/s/zW3pSF) beeindruckt das Porträt nicht zuletzt durch die Fülle

der angesprochenen Themen: Von der als Kind erlebten Judenverfolgung in München über Deportation und Lager bis hin zu Hoffnungen und Enttäuschungen in den Jahrzehnten nach der Befreiung. Strafverfolgungen wegen gewerkschaftlicher und kommunistischer Aktivitäten in der Adenauer-Zeit und ganz aktuelle Nachstellungen und Diffamierungen durch »Verfassungsschutz«-Organe inklusive. E. A.

Spenden für die VVN-

BdA Bayern: Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, IBAN: DE18700100800010532807, BIC: PBNKDEFF700

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen! VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Redaktion: Ernst Antoni

Beispiel Bamberg: Gedenkveranstaltung zum 27. Januar

Gegen »Schlussstrich« und Rassismus

In zahlreichen Städten und Gemeinden fanden um den 27. Januar Gedenkveranstaltungen statt, die an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz erinnerten, an den Holocaust und die dem Gedenken an die Opfer des Naziregimes gewidmet waren. Kreisvereinigungen der VVN-BdA und einzelne Mitglieder gehörten oft zu den Initiatoren und Veranstaltern solcher Feiern, die zum Teil große öffentliche Aufmerksamkeit fanden.

In Bamberg wurde die Veranstaltung der VVN-BdA am Mahnmal an der Unteren Brücke mit einem ausführlichen Artikel in der Zeitung »Fränkischer Tag« gewürdigt. Festgehalten wurde darin, dass alle

Redner sich einig gewesen seien, »dass es auch nach fast sieben Jahrzehnten unumgänglich sei, an die Gräueltaten des NS-Regimes zu erinnern«. In Vertretung des Oberbürgermeisters der Stadt Bamberg war

zu der Gedenkfeier am Mahnmal der CSU-Fraktionsvorsitzende Helmut Müller erschienen. »Sicherlich gibt es Menschen«, zitiert die Zeitung aus der Ansprache des Vertreters der Stadt, »die offen oder hinter vorgehaltener Hand sagen, irgendwann muss doch Schluss sein mit all dem Gedenken. Eben nicht! Es gibt keinen Schlussstrich!« Wörtlich zitiert wird im »Fränkischen Tag« auch Heinrich Fink, Bundesvorsitzender der VVN-BdA, der an der Bamberger Gedenkveranstal-

tung teilnahm: »Auschwitz darf nicht vergebens gewesen sein und nunmehr in die hinterste Ecke der Geschichte verschwinden«, lautete dessen Mahnung. Der Zeitungsbericht, den die Redaktion mit einem großen Bild von der Gedenkfeier illustriert hatte, schließt mit dem Appell Günther Pierdzigs, der im Namen der örtlichen VVN-BdA hervorhob: »Wir müssen erinnern, aber auch aktiv werden und uns gegen jede Form von Rassismus stellen.«

AfD in Nürnberg und BiSF in Fürth scheitern schon vor der Wahl

Populisten und Nazi-Liste ausgebremst



miert, weshalb Ulli Schneeweiß nun resümiert: »Wir freuen uns, dass unsere unübersehbare Plakataktion am Nürnberger Gewerkschaftshaus und die anschließende öffentliche Diskussion mit dazu beitragen konnte, dass die Nürnberger Bürgerinnen und Bürger der AfD bereits im Vorfeld der Kommunalwahl eine deutliche Abfuhr erteilt haben und als das enttarnt haben, was sie ist: Eine rechtspopulistische Partei, die breiten Raum für neonazistische Denke auch in ihren Spitzenfunktionen bietet.«

Auf einen weiteren Erfolg in der Nachbarstadt Fürth weist Georg Neubauer in seinem Rundbrief hin: »Auch die Nazis in Fürth mit der Tarnliste ‚Bürgerinitiative Soziales Fürth‘ (BiSF) haben die notwendige

Anzahl an Unterschriften für eine Kandidatur nicht geschafft. Das ist vor allem den vielen AktivistInnen im Fürther ‚Bündnis gegen Rechtsextremismus und Rassismus‘ zu verdanken, die die Fürther Bürgerinnen und Bürger in den letzten Wochen tagtäglich mit größtem Einsatz über die Tarnliste aufklärten. Unseren herzlichen Glückwunsch für diese tolle Arbeit!«

Und für Nürnberg gelte nun: »Es geht in unserer Stadt in den nächsten Wochen vor allem darum, auch der NPD-Tarnliste mit Namen ‚Bürgerinitiative Ausländerstopp‘ (BIA) entschieden entgegen zu treten! Sie hat bisher zwei Sitze im Nürnberger Stadtrat. Und das sind zwei Sitze zu viel!«

E. B.

Wir gratulieren...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer »antifa« sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten - und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

März: Ludwig Fraundorfer, Neuburg, 92 Jahre; Anni Multerer, Bad Wörishofen, 88 Jahre; Johann Georg Neundorfer, Bamberg, 85 Jahre; Renate Müller, München, 84 Jahre; Johannes Komianos, Lohr, 75 Jahre; Dorothea Obelt, Bamberg, 75 Jahre; Rolf Dörflein, Nürnberg, 70 Jahre; Peter Braun, Beilngries, 60 Jahre; Waldburga Rempe-Baldin, München, 60 Jahre.

April: Viktoria Kern, Penzberg, 87 Jahre; Ilona Denke, München, 85 Jahre; Charlotte Salzbrenner, Itzgrund, 80 Jahre; Gerlinde Zollner, München, 80 Jahre; Thomas Dietzel, Hofheim, 65 Jahre; Peter Feininger, Augsburg, 65 Jahre; Hans-Jörg Schraml, Augsburg, 65 Jahre; Berthold Danner, Schnaitsee, 60 Jahre; Hartmut Koenig, Weilheim, 60 Jahre; Regina Scholz, Oberkotzau, 60 Jahre; Robert Seebacher, München, 60 Jahre.

»Die Partei mit Namen AfD wird nicht für den Nürnberger Stadtrat kandidieren«, schreibt der Nürnberger VVN-BdA-Sprecher Georg Neubauer in seinem Rundbrief an Mitglieder und Interessierte. »Sie hat nicht einmal die Hälfte der erforderlichen Unterstützer-Unterschriften erreicht. Eine Aussage unseres Transparents am Gewerkschaftshaus hat sich damit ‚demokratisch erledigt!«

Neubauer zitiert in seinem Schreiben auch Ulli Schneeweiß, den stellvertretenden Geschäftsführer der Gewerkschaft ver.di in Nürnberg: »Wir freuen uns, mitteilen zu können, dass die Kandidatur der AfD mit ihrem neonazistisch agierenden Spitzenkandidaten Martin Sichert in

Nürnberg verhindert werden konnte. Gerade mal 291 von 610 benötigten Stützunterschriften schaffte diese Gruppierung in Nürnberg.«

ver.di hatte Presse und Öffentlichkeit ausführlich über Äußerungen und Aktivitäten des Nürnberger Spitzenkandidaten der Partei infor-

Erste Straßenbenennung in Berlin nach einer ehemaligen jüdischen Zwangsarbeiterin

Ehrung für Edith Kiss (1905-1966)

Am zentralen Standort der Mercedes-Benz-Vertriebszentrale, zwischen O2-World-Arena und noblem Showroom mit S-Klasse, wurde am 13. Februar 2014 die angrenzende Straße nach der ungarisch-jüdischen Künstlerin Edith Kiss, einer früheren Zwangsarbeiterin von Daimler-Benz, benannt. Dieser wohl bundesweit einmalige Vorgang verdankt sich einem fraktionsübergreifenden Beschluss der BVV Friedrichshain-Kreuzberg.

Edith Bán Kiss wurde am 6. Dezember 1944 zusammen mit 80 ungarischen Jüdinnen und weiteren 1000 Frauen aus Polen, Ungarn, Frankreich und weiteren Ländern aus dem KZ Ravensbrück nach Genshagen bei Ludwigsfelde zur Zwangsarbeit in das Daimler-Benz-Werk verschleppt und musste dort unter menschenunwürdigen Bedingungen Kriegsflugzeugmotoren montieren.

Die damals Neununddreißigjährige hatte in den 1920er-Jahren Malerei an der Kunstakademie in Budapest und Bildhauerei an der Kunstakademie in Düsseldorf studiert. Ungarische Faschisten trieben im November 1944 die jüdische Bevölkerung Budapests zur österreichischen Grenze und gaben sie dort den deutschen Behörden zur Deportation in Konzentrationslager preis. Auf diesem Weg lernte Edith Kiss die zwanzig Jahre jüngere Fotografin Ágnes Galambos (später Bartha) kennen. Ihre Freundschaft rettete einander mehrfach das Leben. Zusammen gelang ihnen am 30. April 1945 die Flucht aus einem Todesmarsch.

Nach ihrer Rückkehr nach Budapest im Juli 1945 malte Edith Kiss in nur wenigen Wochen 30 Gouachen, den Zyklus »Deportation«. In diesen Bildern versuchte sie, das Erlittene künstlerisch zu verarbeiten und zu ihrer Würde zurückzufinden. Im Jahre 1966 nahm sie sich in einem Pariser Hotel das Leben. Ihre Bilder, ihre Biografie, die historischen Hintergründe der Zwangsarbeit und die Erinnerungen all der anderen Frauen sind reich dokumentiert in diesem »Buch der Liebe«, so Hans Hübner in seiner trefflichen Rezension über Helmuth Bauers Werk, das 2010 im Metropol-Verlag Berlin unter dem Titel »Innere Bilder wird man nicht los – die 1100 Frauen im KZ-Außenlager Daimler-Benz-Genshagen« erschienen ist.

Die Ausstellung mit den 30 Gouachen von Edith Kiss zeigt den Alltag der Frauen in dem von Stacheldraht und prügelnden SS-Aufseherinnen umgebenen KZ inmitten des Daimler-Werkes. Das Leid und die Entwürdigung der Frauen: die zwölfstündige schwere Montagearbeit an den Flugzeugmotoren, der Hunger und die notdürftige Unterbringung auf rohen Holzpritschen im Keller der »Deutschlandhalle«, der Montagehalle des Kriegsmusterbetriebs.

Edith Kiss überlebte die Schrecken der Zwangsarbeit nur, weil die deutsche Kommunistin Friedel Malter-Apelt ihr das Leben rettete, als sie völlig entkräftet und als arbeitsunfähig zur Vernichtung nach Ravensbrück zurück gebracht werden sollte. Auf mehreren Bildern wiederholen sich dieselben Gesichter: neben der dunklen Edith Kiss die junge blonde Ágnes Bartha, die heute als Einundneunzigjährige in Budapest lebt. Während der Ausstellungseröffnung hat Ágnes Bartha über eine Live-Zuschaltung aus dem ungarischen Mercedes-Werk in Kecscemet eine bewegende Ansprache gehalten und Helmuth Bauer als »Wieder-Entdecker« der Bilder von Edith Kiss und Begleiter bei ihren eigenen schmerzlichen Erinnerungen seit Anfang der 1990er-Jahre gewürdigt.

Die Ausstellung »Edith Kiss (1905-1966)« ist noch bis zum 13. März 2014 werktags im Foyer des Daimler-Benz Vertriebszentrums Deutschland, Mühlenstr. 30, 10243 Berlin, zu besichtigen. Für Schulklassen werden kostenlos pädagogisch geführte Rundgänge angeboten. Anmeldung dazu unter: (030) 50 58 52 33 (Frau Hoppe).

Eine Dokumentation der Ereignisse um die »Edith-Kiss-Straße« findet sich auch auf www.gesichter-der-zwangsarbeit.de. **Susanne Hantke**



links: Edith Kiss, 1946 in ihrem Atelier, Foto: Privatarchiv Dr. Bauer
oben: Edith-Kiss-Straße – am Tag nach der Straßenbenennung

Ein Leben hat sich vollendet:

Werner Hunger

Wir trauern um Werner Hunger. Der Vorsitzende der Basisorganisation Mitte und Mitglied der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis ist am 21. Januar verstorben. Obwohl man es ihm nicht ansah, war er schon lange schwer herzkrank. Er hatte uns gewarnt, eines Tages könnte es plötzlich passieren.

Werner wird uns fehlen, auch bei unseren Vorstandssitzungen. Wenn er sich mit seiner kräftigen Stimme zu Wort meldete, nachfragte und Probleme benannte, die ihn bewegten, störten oder verletzten. Manchmal war er nicht einverstanden mit den Antworten oder Argumenten. Nicht immer konnten wir einander überzeugen, aber wir konnten weiter zusammen arbeiten. Vermissen werden Werner auch die Mitglieder der Basisorganisation Mitte. Er war die Seele dieser von ihm geleiteten Gruppe.

1940 in Leipzig geboren, wurden seine Eltern Ilse und Wilhelm Hunger am 17. Juli 1941 festgenommen. Sie gehörten seit 1933 einer Widerstandsgruppe junger Kommunisten an. Um Werner kümmerte sich zunächst eine Freundin der Mutter und später deren Schwester. Nach Verbüßung der Haft überstellte die Gestapo Ilse Hunger nach Ravensbrück und Wilhelm Hunger nach Auschwitz-Monowitz. Erst im Juni 1945 konnte die Mutter ihren Jungen wieder in

ihre Arme schließen. Werner wuchs mit den Erzählungen von Ravensbrückerinnen auf. Ihre Solidarität, Hoffnung, Freude und Trauer beeinflussten und prägten auch seine spätere politische Überzeugung und Haltung. Nach einem Studium in Moskau arbeitete er als Diplomat im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und war



von 1982 bis 1987 Botschaftsrat an der DDR-Botschaft in Belgien. Nach dem Tod seiner Mutter begann Werner in der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis mitzuarbeiten und gehörte viele Jahre dem Vorstand an. Er beteiligte sich an den lebhaften Debatten um die Neugestaltung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück.

Wir danken Werner für seine unermüdliche Arbeit, für seine Worte und seine Taten.

Hans Coppi für den Vorstand der Berliner VVN-BdA

Die Urnenbeisetzung findet am 14. März um 13 Uhr auf dem Kirchhof II der Georgen-Parochial-Gemeinde, Friedenstraße 82, 10249 Berlin, statt.

Antifa – Jour fixe

Ein Abend mit der
Berliner VVN-BdA...

**...immer am 3. Montag
im Monat,
immer im Café Sibylle,
immer ab 18.30 Uhr**

Café Sibylle, Karl-Marx-Allee 72,
10243 Berlin, U5 Strausberger Platz

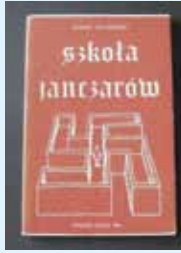
**Montag, 17. März 2014,
18.30 Uhr**

»Die Schule der Janitscharen«

Erlebnisse eines von den Nazis
»eingedeutschten« polnischen
Kindes und die späte Rückkehr zu
seiner unbekannteten Mutter.

Alojzy Twardeckis »Schule der Janitscharen« ist das einzige Buch, in

dem ein Betroffener das »Eindeutschungsprogramm« beschreibt. Tausende Kinder wurden in den besetzten Ländern ihren Eltern gewaltsam entrissen und in Kinderheimen umerzogen, um schließlich mit deutschem Namen in systemkonformen Familien aufzuwachsen. Hermann Lüdeking (alias Roman Roszatoski) berichtet aus der Sicht eines Betroffenen darüber, was die »Eindeutschung« für die Kinder bedeutete, Christoph Schwarz (Geraubte Kinder – vergessene Opfer e. V.) informiert über die Dimensionen des Kinderraubs in den besetzten Ländern.



Prof. Christoph Koch (Linguist, FU Berlin, und Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft) berichtet über die Geschichte des von ihm übersetzten, bereits 1971 in Polen veröffentlichten Buches. Gina Pietsch liest Auszüge aus dem Buch.

**Montag, 21. April 2014,
18.30 Uhr**

Auf dem untersten Weg: Harald Poelchau (1903-1972)

Nach dem Studium der Theologie und einer sozialfürsorglichen Ausbildung, nach Assistenzjahren und Promotion ging Harald Poelchau am 1. Januar 1933 als Gefängnispfarrer nach Berlin-Tegel. Als aktives Mitglied der Widerstandsbewegung gegen



die NS-Diktatur setzte er sich für die Bedrängten inmitten von Unrecht und gewaltsamem Tod ein.

Mehr als 1000 Verurteilte begleitete er bis zur Hinrichtung, darunter persönliche Freunde sowie Frauen und Männer der »Roten Kapelle«. Hilfsaktionen für verfolgte Juden unterstützte Harald Poelchau wirksam. Nach der Befreiung wurde er beauftragt, in der sowjetischen Besatzungszone einen humanen Strafvollzug aufzubauen. Referent: Klaus-Peter Gerhardt, Journalist, Dramaturg und Verleger, jetzt Rentner

Ausstellung anlässlich des 100. Geburtstags in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand **Kurt J. Goldstein: Deutscher, Jude, Kommunist**

In der Gedenkstätte Deutscher Widerstand ist eine berührende Ausstellung des Internationalen Auschwitz Komitees zu sehen: Das ungewöhnliche Leben des Antifaschisten Kurt Julius Goldstein, als Deutscher, Jude und Kommunist. Manchmal haben die drei Wurzeln seiner Kraft gegeneinander rebelliert. Begonnen hatte alles, als er, der jüdische Bürgersohn, im Ruhrgebiet dem Kommunistischen Jugendverband beitrug. Er wollte die ungerechte Welt von Grund auf verändern und lehnte sich gegen den ihm entgegenschlagenden Antisemitismus auf.

Die wunderbaren Fotos und Texte zeigen die prägenden Stationen eines kämpferischen Lebens. Ich erinnerte mich an seine rheinische Frohnatur, die in Sprache, Duktus und Ausstrahlung aufhorchen ließ. Näher kamen wir uns im Herbst 1989, als wir das Schweigen des Antifa-Komitees zu dem gesellschaftlichen Umbruch überwinden wollten. Kurt war einer der ersten Widerstandskämpfer, der sich kritisch mit dem Antifaschismus in der DDR auseinandersetzte. Wenn er von Verengungen, Fehlern und versäumten Chancen sprach, dann bezog er sich auch selbst mit ein: »Wir hatten zwar gestern den Mut, unter Einsatz unseres Lebens gegen den Faschismus in all seinen Formen und Erscheinungen zu kämpfen. Aber als unsere eigenen Kameraden in der Partei- und Staatsführung den

antifaschistischen Gedanken für Deformationen, für Druck und Terror gegen Andersdenkende missbrauchten, haben wir geschwiegen. Aus all dem haben wir unsere Lehren zu ziehen.«

Zugleich wandte er sich entschieden gegen eine Delegitimierung der DDR und des Antifaschismus, dessen Leistungen und Defizite für ihn vielschichtiger waren und sich mit dem abwertenden Adjektiv »verordnet« nicht fassen ließen. Im Mai 1990 gehörte Kurt Goldstein zu den Gründungsmitgliedern des Bundes der Antifaschisten in der DDR. Unermüdlich setzte er sich im wiedervereinigten Deutschland für die Idee des Antifaschismus ein. Er rang um die Zweifelnden, zügelte die Ungeduldigen und forderte mehr Einsatz von den Abwartenden. Auch als Ehrenvorsitzender der VVN-BdA



Foto: Gabriele Senfft

und als Ehrenpräsident des Internationalen Auschwitz Komitees mischte er sich ein, provozierte Widerspruch, stritt, wenn es sein musste, mit seinen Mitstreitern. Und er konnte sich, wenn auch nicht immer, für seine Worte, sollten sie andere verletzt haben, entschuldigen

oder eingestehen, dass er sich geirrt habe und die Dinge nunmehr anders sehe. Er wollte nicht als Legende verehrt, sondern als Mitstreiter in Rat und Tat einbezogen werden. Bei allen Disputen schwang ein optimistischer Ton mit, keine besserwisserische Überlegenheit. Die Arroganz selbst ernannter »Sieger der Geschichte« war ihm suspekt. Manchmal spürte ich, wenn er über seine Freunde sprach, die unter Spaniens Himmel gefallen oder von den Nazis ermordet worden waren, die Last der Niederlagen und des eigenen Überlebens.

»Fragt uns, wir sind die Letzten« – das war noch in den letzten Jahren seine Lebensmaxime. Es war ihm wichtig, Zeugnis abzulegen – auch im Namen all jener, denen dies

nie möglich war oder die dies nun nicht mehr konnten. Er war ein Zeuge des 20. Jahrhunderts mit einer ungewöhnlichen Ausstrahlung. Internierungs- und Konzentrationslager hatte er überlebt, war seiner Überzeugung in größter Bedrängnis und in schier aussichtslosen Lagen treu geblieben. Vergangenes, Gegenwärtiges und Künftiges verwoben sich. Oft hinterließ er Begeisterung und Nachdenken. Auch davon kündet die sehenswerte Ausstellung. Plötzlich hatte ich wieder den rheinisch gefärbten Klang seiner kräftigen Stimme im Ohr.

Hans Coppi

Die Ausstellung ist im 1. Stock der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13/14 von 9 bis 18 Uhr in 10785 Berlin zu sehen.

Redaktion: Dr. Hans Coppi

Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

Telefon: 030 / 29 78 41 78

Fax: 030 / 29 78 43 78

Internet: berlin.vvn-bda.de

E-Mail: berlin@vvn-bda.de

Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA!

Spendenkonto: Postbank Berlin
IBAN: DE 18 1001 0010 0315 9041 05

BIC: PBNKDEFF

Von einem, der immer anpackte und mittat

Ahoi, Berliner Seebär

Geboren am 19. Juni 1933, war Bennos Lebensgeschichte angefüllt mit den Brüchen seiner Zeit. Aufgewachsen in einer Berliner Arbeiterfamilie, wollten ihn die Nazis für ihre Napola, was die Eltern jedoch zu verhindern wussten. Auch die Pimpfe ersparten sie ihm. Bennos erste Schulzeiten waren Kriegszeiten, erst in Berlin, später in Vorpommern und zwischendurch in der Kinderlandverschickung, dann Nachkriegsschule wieder in Berlin (West). Zuviel Hin und Her. Benno lernte lieber etwas Praktisches, Maschinenschlosser bei Bergmann & Borsig, in Berlin-Ost. Das war Anfang der fünfziger Jahre. Dort haben sie ihn, den West-Berliner FDJler, für die Arbeiter- und Bauernfakultät entdeckt. Zu Recht, war Benno doch einer dieser »patenten Kumpels«, die Hermann Kant in seinem Roman »Die Aula« beschrieb. Die Arbeiter- und Bauernfakultät wurde sein Erfolg und führte ihn, wenn auch wieder

mit Umwegen, als Schiffsingenieur zur Seefahrt und nach Hamburg.

Der Kumpel Benno, das war ein politischer Mensch: Ende der vierziger Jahre FDJ, später DKP, Gedenkstätte Ernst Thälmann, Wohn- und Ferienheim Heideruh und VVN-BdA Hamburg. Und immer ging's um das praktische Tun und Mitmachen.

Mit der FDJ Hermsdorf störte er die Kinovorstellung eines Films über Rommel: Plötzlich liefen weiße Mäuse durch den Saal, und Stinkbomben verbreiteten ihr Aroma. Als Mitglied der DKP und deren Seeleutegruppe streikte er mit der Internationalen Transportarbeiter-Föderation in Genua und blockierte die Ausfahrt von Seeschiffen. Und er protestierte, als Hamburger Schiffe ausgeflaggt wurden. Die US-Amerikaner haben

seine Berliner FDJ-Zeit nicht vergessen und ihn noch nach Jahrzehnten mit einem privaten Einreiseverbot belegt. Der Kommentar eines Passbeamten: Benno sei wohl »a little bit red«.

Politisch leben, das teilte Benno mit »seiner Ilse«, Ilse Jacob. Mit ihr führte er eine »wilde Ehe«, wurde der Vater ihrer Kinder und 1988, als 55-jähriger Ruheständler, der Hausmann der Familie. Und 2006 haben sich die beiden dann doch noch »getraut«.

Und die VVN-BdA: Die Liste seiner Mitmachaktivitäten ist lang. Auch bei uns packte Benno immer an, ob als Revisor oder wenn praktisches Tun gebraucht wurde. Der Büchertisch der VVN-BdA ist in Hamburg bekannt, ob nun zum Internationalen Frauentag, Ostermarsch, zum 1. Mai oder... oder. Benno und Ilse sorgten für Information und Umsatz.

»Ich verstehe, das ist die Melodie von der Solidarität«, so lautet eine Refrain-Zeile aus Hannes Waders »Hafenlied«, das wir beim Abschied von Benno hörten. Solidarität, das traf auf ihn wirklich zu: unterstützen, wo eine helfende Hand gebraucht

wurde, politisch sein, zuverlässig, zugewandt, einfühlsam, von Dauer, und auch miteinander lachen und feiern. Am 19. Januar 2014 ist Benno verstorben. Ahoi, Benno!

Georg Chodinski



Foto: Christiane Chodinski

Esther op't Rode Sofa

An'n 20. Dezember seet Esther Bejarano, Vörsittersch vun't Auschwitz-Komitee, op't Rode Sofa bi DAS in't NDR-Feernsehn. Se vertell över ehr Beleevnisse, klor, ok vun Auschwitz, un wat för en grote Rull de Musik in ehr Leven spelen dä. Un de Musik hett ehr vör'n sekern Dood bewohrt, domools, as se in't Deerns-Orchester vun Auschwitz spelen schull. Köttens weer se 89 Jahr oold worm, un ehr wörr ok groleert. Bi de Geschenke, de se kregen harr, weer ok en kussechten Lippenstift. Dor mutt sik de gode Esther düchtig gebumfidelt feuhlt hebben. **hjm**

Hamburger VVN-Termine

Sonnabend, 22. März, ab 9.30 Uhr

Antifaschistische Nordkonferenz 2014. Mit Referaten und Diskussionen zu folgenden Themen:
- Europawahl: »Rechtspopulistische und neofaschistische Parteien zur Europawahl.
- Militarismus in Deutschland: »Der erste Weltkrieg vor 100 Jahren – eine Zäsur«. Deutschlands Griff nach der Weltmacht.

- »Lehren aus der Geschichte nach zwei Weltkriegen von deutschem Boden – Die Rückkehr des Krieges in die Politik!«.
ab 19.00: Kulturelles Abendangebot
Veranstalter: RLS Niedersachsen e. V., Heideruh e. V., Neofaschismuskommission Küste der VVN-BdA
Ort: Wohn- und Ferienheim Heideruh e. V., Ahornweg 45, 21244 Buchholz i.d.N.

Mittwoch, 26.03.2014, 20 Uhr
70. Jahrestag des Wehrmacht-massakers in Monchio - 70 Jahre keine Schuldigen? Diskussion mit Matthias Durchfeld, Institut ISTO-RECO / Reggio Emilia | Roberto Tincani, Angehöriger / Monchio u.a.
Ort: Centro Sociale, Sternstraße 2, 20357 Hamburg

Sonntag, 30. März, 17 Uhr
Film: »Was bleibt«, D 2008, von Gesa Knolle und Birthe Templin. Die Filmemacherinnen sind als Gesprächsgäste angefragt.
Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Mitte April bis Ende Mai 2014 - Eimsbüttler Monat des Gedenkens

Sonnabend, 20. April, 18 Uhr
Gedenkfeier für die Kinder vom Bullenhuser Damm. Am 20. April 1945 wurden in der Hamburger Schule am Bullenhuser Damm 20 jüdische Kinder erhängt.
Ort: Turnhalle der Schule am Bullenhuser Damm, Bullenhuser Damm 92, 20539 Hamburg

Sonntag, 28. April, 17 Uhr
Film »Der Rosengarten«, BRD/USA/Österreich 1989, Regie: Fons Rademakers
Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Sonnabend, 10. Mai
Klotzfest am Stephansplatz. Veranstalter: Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal
Ort: Kriegsklotz, Dammtor, U1 Stephansplatz

Sonntag, 11. Mai, 11 Uhr
Gedenken zum Tag der Befreiung »8. Mai 1945«

Ort: Friedhof Ohlsdorf, gegenüber Krematorium »Hamburger Bestattungsforum Ohlsdorf«, am Mahnmal für die Opfer von Faschismus und Krieg.

Freitag, 15. Mai, ab 11 Uhr
Mai 1933: Zuerst brannten die Bücher... Verboten – verbrannt – vergessen? Hamburg liest gegen das Vergessen. Veranstalter: Arbeitskreis »Bücherverbrennung – nie wieder!«
Ort: Platz der Bücherverbrennung, Kaiser-Friedrich-Ufer/Bundesstraße, auf der Wiese, Ecke Heymannstraße am Isebekkanal

Sonntag, 25. Mai, 17 Uhr
Film und Gespräch »Der Tag, an dem die Bücher brannten«, D 2003, von Henning Burk. Der Dokumentationsfilm will den spannungreichen Ablauf der vierwöchigen »Aktion wider den undeutschen Geist« nachvollziehen und die Hintergründe des abgrundtiefen deutschen Wahns beleuchten. Gesprächsgast: Marut Perle.
Ort: Kommunales Kino Metropolis, Kleine Theaterstr. 10

Ursel Ertel-Hochmuth ist tot



Am 25. Februar starb unsere Freundin und unser langjähriges Mitglied Ursel. »Wir übernehmen aus der Vergangenheit das Feuer, nicht die Asche.« Mit diesen Worten Jean Jaures' signierte Ursel eines ihrer Bücher.

Das Feuer, mit dem sie in ihren Schriften für Respekt vor den Widerstandskämpferinnen und -kämpfern stritt, das ist ihr Vermächtnis.

Am 14. März 2014 um 14.30 Uhr findet zum Abschied von Ursel eine Trauerfeier in Kapelle 13 auf dem Ohlsdorfer Friedhof statt.

Landesdelegiertenkonferenz 2014: Gemeinsam mit Bündnispartnern

Gegen Neofaschismus und Rechtspopulismus

Am 22. und 23. Februar 2014 fand im Kulturpalast in Billstedt die Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Hamburg statt. Schon viele Monate vorher hatte sich eine fünfköpfige Vorbereitungsgruppe (Christiane Chodinski, Carola Kieras, Andrea Krieger, Ingrid Schapiro und Georg Chodinski) über ein Konzept für den Ablauf der Konferenz den Kopf zerbrochen. Dabei förderten sie einen echten Schatz zu Tage: Die Idee, viele Gruppen und Initiativen aus dem Bündnisspektrum zu einem »Markt der Möglichkeiten« am ersten Tag der Konferenz einzuladen. Viele der Gäste aus den Gruppen blieben bis zum Abend und nahmen an den Arbeitsgruppen teil. Vergessen die Zeiten, wo Gäste – abgesehen von vorbereiteten Grußworten – stumm blieben.



Initiativ-Anträge für die folgende Antragsdiskussion gab. Die Anträge befassten sich mit dem Kampf gegen die AfD, Denkanstößen für eine verbesserte und auch für Jugendliche attraktive Öffentlichkeitsarbeit und mit der Forderung, eine Weiterentwicklung unserer Gedenkkultur zu einem Arbeitsschwerpunkt unserer nächsten Arbeitsperiode zu machen.

Außerdem gab es aus dem aktuellen Anlass andauernder Angriffe auf die Regierung Maduro eine Resolution für ein Solidaritätsschreiben an den Generalkonsul Venezuelas in Hamburg.

Die Wahlen bestätigten die bisherigen Landessprecher/-innen in ihren Ämtern. Wir begrüßen als neue Mitglieder im Landesvorstand: Annemarie Heuer-Kiosz, André und René Buschmann. Herzlich willkommen! Die Konferenz endete mit dem gemeinsam gesungenen Lied »Die Moorsoldaten«.

Nach der Aufklärung der NSU-Morde im Jahre 2011 erkannten viele potentielle Bündnispartner, dass antifaschistische Arbeit wertvoll und unverzichtbar ist. Diese gesellschaftliche Stimmung hat unserer Arbeit in den letzten Jahren sehr geholfen.

Unsere Inhalte sind zeitlos und verdienen es, mit modernen Methoden vermittelt zu werden. Wir sind die Nachfolger der mutigen Männer und Frauen, die trotz Gefahr für Leib und Leben dem Hitlerfaschismus die Stirn boten.

TSY



One Step Ahead.

Fotos: Christiane Chodinski

Die Konferenz begann nach dem Gedenken an unsere verstorbenen Mitglieder der letzten drei Jahre mit dem Vortrag »Die ‚Alternative für Deutschland‘ – eine rechtspopulistische Partei?« von Alexander Häusler (Fachhochschule Düsseldorf), der die AfD im Rahmen eines Forschungsprojektes untersuchte. Im Anschluss gab es viele Fragen an den Referenten und eine lebhaftige Diskussion über aktuelle und mittelfristige Perspektiven unserer Auseinandersetzung mit der AfD.

Nach der um einen Info-«Markt der Möglichkeiten» erweiterten Mittagspause ging es in Arbeitsgruppen mit diesen Themen weiter:

- Vertiefung »Rechtspopulismus/AfD«
- Erinnerungskultur der VVN-BdA
- Öffentlichkeitsarbeit der VVN-BdA: bekannter und sichtbarer werden!
- Austausch der Kreisvereinigungen: Erprobtes und Ideen für erfolgreiche Arbeit in den Bezirken

Am frühen Abend kam dann unser Kulturteil: Die Gruppen »One Step Ahead« (OSA), »Peter und Dirk«, und die »Songgruppe Hamburg« spielten, rappten und sangen für uns. »One Step Ahead« ist eine Jugend-Rapper-Gruppe aus Steilshoop, ihre Texte, die sie selbst schreiben, erstaunen durch ihre Tiefe und Einfühlbarkeit. OSA ist empfänglich für Anregungen und hat sogar, inspiriert durch unsere Veranstaltung zum Altonaer Blutsonntag, einen Rap für Bruno Tesch geschrieben.

Der zweite Tag begann kurz nach 10 Uhr mit dem Bericht der Mandatsprüfungskommission und mit dem Rechenschaftsbericht, gehalten

von Landessprecher Georg Chodinski. Erstaunlich, wieviel Arbeit wir in die letzten drei Jahren gepackt haben! Abgesehen von unserer Mitarbeit bei der Vorbereitung diverser Demonstrationen, die sich schon aus unserer Arbeit im Hamburger Bündnis gegen rechts ergibt, erscheinen folgende Projekte besonders erwähnenswert:

- Der Stadtteilrundgang im Juli 2012 mit fast 300 Teilnehmern zum 80. Jahrestag des Altonaer Blutsonntags, der mit szenischen Lesungen, Besuch der Originalschauplätze und Abschlusskonzert ein Highlight unserer gesamten Veranstaltungsarbeit war. Veranstalterin war die Kreisvereinigung Altona.
- Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Behörde für Arbeit, Soziales, Frauen und Integration (BASFI) in den Räumen der BASFI anlässlich des 70. Todestages von Helmuth Hübener im Oktober 2012.
- Die Demo am 3. November 2012 zum Jahrestag der Aufklärung der NSU-Morde.
- Besonders erfolgreich war die Initiative für ein Deserteursdenkmal, in der wir mitarbeiten, das es nach dem einstimmigen Beschluss der Hamburger Bürgerschaft vom 14. Juni 2012 tatsächlich geben wird.

- Unser Stand auf dem Evangelischen Kirchentag im Mai 2013: Über drei Tage bestritten wir gemeinsam mit vielen Gruppen und Initiativen aus dem Bündnisspektrum ein vielfältiges Programm mit Zeitzeugengesprächen, Ausstellung, Spielen und vielen anderen Angeboten.

Nach angeregter Diskussion hielt Landeskassiererin Christiane Chodinski ihren Bericht zur Mitgliederentwicklung und zu den Finanzen der Landesorganisation, dem wir entnehmen konnten, dass der Mitgliederschwund durch zahlreiche Neueintritte aufgefangen werden konnte und dass die Finanzen der Landesorganisation auf soliden Beinen stehen.

Nach der Mittagspause folgten die Berichte aus den Arbeitsgruppen vom Vortag, aus denen es zahlreiche

Redaktion: H. J. Meyer
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung 20359 Hamburg
Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!
Spendenkonto: VVN-BdA Hamburg, Haspa,
IBAN: DE 78 2005 0550 1206 127183
BIC: HASPADEHXXX

Zur Erinnerung an die 27 am 11.10.1944 ermordeten deutschen und französischen Häftlinge

Neues Denkmal in Sachsenhausen geplant

Zwischen 1936 und 1945 waren im KZ Sachsenhausen mehr als 200.000 Menschen inhaftiert. Häftlinge waren zunächst politische Gegner des NS-Regimes, dann in immer größerer Zahl Angehörige der von den Nationalsozialisten als rassistisch oder biologisch minderwertig erklärten Gruppen und ab 1939 zunehmend Bürger der besetzten Staaten Europas. Zehntausende kamen durch Hunger, Krankheiten, Zwangsarbeit und Misshandlungen um oder wurden Opfer von systematischen Vernichtungsaktionen der SS. Auf dem Todesmarsch nach der Evakuierung des Lagers Ende April 1945 starben noch einmal Tausende von Häftlingen. Etwa 3.000 im Lager zurückgebliebene Kranke, Ärzte und Pfleger wurden am 22. April 1945 von russischen und polnischen Einheiten der Roten Armee befreit.

Am 11. Oktober 2014 jährt sich zum 70. Mal jener Tag, an dem im Konzentrationslager Sachsenhausen 27 deutsche und französische Häftlinge von der SS ermordet wurden.

In den Abendstunden des 11. Oktobers 1944 wurden Alfred Arendt, Heinrich (Heinz) Bartsch, André Bergeron, Marceau Benoit, Erich Boltze, Friedrich (Fritz) Büker, Emil Dersch, Ernst Fürstenberg, Willi Grübsch, Arthur Hennig, Rudolf Hennig, Dietrich Hornig, Otto Kröbel, Erich Mohr, Rudolf Mokry, Kurt Pchalek, Emile Robinet, Johann (Hanns) Rothbarth, Josef Rutz, Wilhelm Sandhövel, Augustin (Gustl) Sandtner, Ernst Schneller, Josef Schup, Gustav Spiegel, Siegmund Sredzki, Mathias Thesen und Ludger Zollikoffer in der »Station Z« mit Maschinenpistolen erschossen.

Mit dieser Mordtat endete jener Zeitabschnitt, der in die Geschichte des Konzentrationslagers Sachsenhausen als »Periode der Sonderkommissionen« eingehen sollte.

69. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Sachsenhausen

2. Mai 2014, 15.00 Uhr
Gedenkveranstaltung in der Gedenkstätte
Todesmarsch Belower Wald

4. Mai 2014, Gedenkstätte Sachsenhausen
10.00 Uhr Generationengespräch
14.00 Uhr Begrüßung am Neuen Museum
und dezentrales Gedenken
15.30 Uhr Zentrale Gedenkveranstaltung
am Gedenkort »Station Z«

5. Mai 2014, 10.00 Uhr
Gedenkveranstaltung am ehemaligen
Klinkerwerk

Im Rahmen ihrer Untersuchungen wegen Unterschlagungen von Wertsachen ermordeter Juden durch Angehörige der SS im Frühjahr 1944 hatte die Kriminalpolizei Anzeichen für einen geheimen kommunistischen Widerstand im Lager gefunden.

Die SS überraschte am 27. März 1944 in der Baracke 28 den Häftling Friedrich Büker beim illegalen Abhören von »Radio Moskau«. Des Weiteren fand sie Druckutensilien, mit denen die Häftlinge abgehörte Nachrichten auf Papier brachten, um sie im Lager zu verteilen. Hierauf begann eine Sonderabteilung des Reichssicherheitshauptamtes mit ihren Untersuchungen, um eine mutmaßliche internationale Widerstandsorganisation im Hauptlager sowie in den Außenstellen »Heinkel« und »Klinker« aufzuspüren und zu zerschlagen.

Nach mehrmonatigen Ermittlungen unter Einsatz von Verhören und Folterungen, die im Zellenbau, in der »Station Z« und auch am Sitz der »Inspektion der Konzentrationslager« stattfanden sowie durch Mithilfe von Häftlingen, die für Spitzeltätigkeiten benutzt werden, gelang es der Sonderkommission nachzuweisen, dass von deutschen Kommunisten eine Solidaritätsaktion unter den Häftlingen organisiert wurde.

Die Sonderkommission verhaftete im Laufe der Untersuchung immer mehr Häftlinge. Eine Vielzahl von ihnen wurde ihrer Funktionen – als Lagerältester, Blockältester oder Vorarbeiter – enthoben. Sie kamen in Arbeitskommandos oder in Isolationshaft in die Baracke 58. Die



Sonderkommission beendete im September 1944 ihre Arbeit.

Der Lagerkommandant Kaindl erhielt den Befehl, 27 Häftlinge vor versammelter Lagergemeinschaft öffentlich zu erhängen. Da die Lagerführung jedoch Unruhe befürchtete, wurde eine Abänderung des Exekutionsbefehls erwirkt.

Nach der Erschießung der 27 wurden am 20. Oktober die übrigen Häftlinge aus der Isolierung wieder ins Lager entlassen. 103 von ihnen wurden in das Konzentrationslager Mauthausen überstellt.

In Erinnerung an die Ermordung der 27 Häftlinge soll im Oktober 2014 auf dem Gelände der Gedenkstätte Sachsenhausen, im ehemaligen Kommandanturbereich, ein Denkmal/Denkzeichen eingeweiht werden.

Hierzu haben im Jahr 2013 das Sachsenhausen-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V. und die französische Amicale d'Oranienbourg-Sachsenhausen gemeinsam Studentinnen und Studenten der Kunsthochschule Weißensee zu einem Ideenwettbewerb eingeladen. Begleitet wurde dieser Wettbewerb durch Lehrveranstaltungen an der Kunsthochschule und Führungen durch die Gedenkstätte Sachsenhausen.

Im Januar 2014 fand eine Jurysitzung statt, auf der von Vertretern der beiden Häftlingsverbände, darunter Nachkommen der Ermordeten, Historikern, Künstlern und Studenten ein Siegerentwurf ausgewählt wurde. Nun wird der Entwurf den zuständigen Gremien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten vorgelegt und seine Realisierung in Angriff genommen.

Für die Realisierung des Denkmals werden etwa 15.000 Euro benötigt. Diese nicht unerhebliche Summe müssen beide Sachsenhausen-Verbände gemeinsam aufbringen. Beide Vereinigungen können jedoch ihre langjährige Arbeit nur durch Mitgliedsbeiträge und Spenden aufrechterhalten.

Daher möchten wir herzlich darum bitten, uns bei der erfolgreichen Umsetzung dieses Projekts aus Anlass des 70. Jahrestages der Ermordung von 27 deutschen und französischen Häftlingen im Konzentrationslager Sachsenhausen zu unterstützen und durch eine Spende die Aufstellung des Denkmals mit zu ermöglichen.

Sachsenhausen-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Amicale des anciens déportés du camp de concentration d'Oranienbourg-Sachsenhausen et de ses Kommandos

Sachsenhausen-Komitee in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Berliner Sparkasse - Konto: 17 93 97 59 29 - Bankleitzahl: 100 500 00

IBAN: DE 45 1005 0000 1793 9759 29

BIC: BELA DE BE

Verwendungszweck: »Gedenken an die 27«

Reihe von Veranstaltungen und Aktivitäten geplant

Zum 100. von Emil Carlebach

Mit einer Reihe von Veranstaltungen und Aktivitäten wird in Frankfurt am Main eines bekannten Frankfurter Antifaschisten gedacht, dessen 100. Geburtstag sich am 10. Juli jährt: Emil Carlebach.

Planung und Koordination der meisten Veranstaltungen liegen in der Hand eines Kreises von Aktiven aus mehreren Organisationen, darunter auch die VVN-BdA, der sich »Emil-Carlebach-Club« nennt (siehe auch www.emil-carlebach.de). Veranstalter sind einzelne Organisationen und/oder der Club.

Den Anfang macht am 6. April um 12.00 Uhr die VVN-BdA – in Kooperation mit dem Deutschen Filmmuseum (Frankfurt, Schau-mainkai 41) mit der Vorführung des Films »Nackt unter Wölfen« (Eintritt 7 Euro, ermäßigt 5 Euro bzw. für Frankfurt-Pass-Inhaber 3,50 Euro. Reservierungen telefonisch beim Filmmuseum dienstags bis sonntags 10 bis 20 Uhr unter 069 / 961 220 220).

Zu den weiteren Veranstaltungen, deren Termine bereits feststehen, gehören am 17. Mai, um 17.30 Uhr, im Frankfurter DGB-Gewerkschaftshaus (Wilhelm-Leuschner-Str. 69/77) eine Veranstaltung der DKP: »Der Kommunist Emil Carlebach«, und am 13. Juli, um 11.00 Uhr, im Haus Gallus (Frankenallee 111) die Hauptveranstaltung zum 100. Geburtstag von Emil Carlebach, getragen vom »Emil-Carlebach-Club«.

Vorgesehen ist am 25. September eine Veranstaltung zum Thema »Kritischer Journalismus heute« im Club Voltaire (Kleine Hochstr. 5), veranstaltet von der Gingold-Erinnerungsinitiative.

Emil Carlebach – Jude, Kommunist und Widerstandskämpfer

Am 10. Juli 1914 in Frankfurt am Main in einer gutbürgerlichen jüdischen Familie geboren, brach Emil Carlebach schon als Jugendlicher mit der bürgerlich-konservativen Einstellung seines Elternhauses. 1931 trat er dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) bei, 1932 mit Lehrbeginn dem gewerkschaftlichen Zentralverband der Angestellten (ZdA). Bereits vor 1933 engagierte er sich antifaschistisch. Im Januar 1934 wurde er wegen Verbreitung antifaschistischer Schriften

zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, anschließend 1937 ins KZ Dachau verschleppt und ein Jahr später (1938) bis zur Selbstbefreiung der Häftlinge im April 1945 im KZ Buchenwald festgehalten. Dort war er Blockältester im jüdischen Häftlingsblock und aktiv in der illegalen internationalen Widerstandsorganisation.

Mit der Erfahrung von über elf Jahren faschistischer Haft blieb Emil Carlebach überzeugter Kommunist und Antifaschist. Als solcher wurde er von der US-Militärbehörde im August 1945 zu einem der sieben Lizenzträger und Redakteur der »Frankfurter Rundschau« ernannt. Er wurde Stadtverordneter der KPD, Landtagsabgeordneter in Hessen und beteiligt an der Erarbeitung der Hessischen Verfassung. Mit Beginn des Kalten Krieges wurde er – wiederum auf Weisung der US-Behörde – bereits 1947 aus der Leitung der »Frankfurter Rundschau« entfernt. Er arbeitete jedoch weiterhin als Journalist, war Mitbegründer der VVN und viele Jahre Vizepräsident des Internationalen Buchenwaldkomitees.



Nach dem Verbot der KPD 1956 lebte Emil Carlebach mehr als zehn Jahre in der DDR, um der erneut drohenden Verfolgung in der BRD zu entgehen. 1969 kehrte er nach Frankfurt zurück, war in verschiedenen Funktionen in der VVN-BdA, der DKP und der gewerkschaftlichen Deutschen Journalisten-Union (dju) tätig. Er veröffentlichte mehrere Bücher, die sich mit den Wurzeln und Auswirkungen des deutschen Faschismus befassen. Am 9. April 2001 starb Emil Carlebach in Frankfurt am Main.

P.C. Walther

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen,
Eckenheimer Landstraße 93,
60318 Frankfurt a. Main,
Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
IBAN: DE86 5001 0060 0049 3306 02
BIC: PBNKDEFF

Workshop am 29. März

Der Workshop zur Verbesserung der VVN-Arbeit in Hessen findet am Samstag, dem 29. März, von 11 bis 18 Uhr in der Bibliothek des August-Stunz-Zentrums der AWO in Frankfurt, Röderbergweg 82, statt. (U-Bahnlinie U 7, Haltestelle Habsburger Allee, ebenso Bus-Linie 32).

Untätig gegen Nazigefahr

Hessen hatte bislang als einziges Bundesland keine Ergebnisse zur bundesweiten Aufarbeitung möglicher rechter Tötungsdelikte seit 1990 vorgelegt. Das BKA hatte auf bundesweit rund 750 solcher Fälle hingewiesen, die möglicherweise einen rechtsextremen oder rassistischen Hintergrund haben. Das sei von den Landesbehörden zu prüfen. Die hessische Linke forderte die Landesregierung dazu auf. Ebenso verlangt die Linksfraktion Auskunft über das Gefahrenpotential durch untergetauchte Neonazis. Bundesweit gibt es (Stand Herbst 2013) 332 offene Haftbefehle, davon knapp 30 wegen zum Teil schwerer Delikte in Hessen.

Über ein Drittel Ex-Nazis

Nach einer ersten Historiker-Tagung im März 2013, die sich mit der NS-Vergangenheit ehemaliger Landtagsabgeordneter befasste, stand jetzt im Februar der Fortgang der Aufarbeitung auf der Tagesordnung des Landtags. Er sprach sich einmütig für eine Fortführung aus. 92 von insgesamt 403 Nachkriegs-Abgeordneten waren NSDAP-Mitglieder. Untersucht werden soll nunmehr vor allem, wie diese 92 Einfluss auf die Landespolitik genommen haben. Zeitweilig bestand der Landtag zu mehr als einem Drittel aus ehemaligen Nazis. Näher untersucht werden sollen nunmehr auch die politischen Biografien der drei Kasseler Nachkriegs-Oberbürgermeister der SPD, die alle Mitglieder der NSDAP waren.

»Toter Soldat« in der Berufsschule



Mit einem Go-In »störten« Kriegsgegner eine Werbeaktion der Bundeswehr in der Frankfurter Klinger-Berufsschule. Neben Flugblättern trugen sie frei nach Bert Brechts »Legende vom toten Soldaten« einen solchen auf einer Trage in die Schule, um zu demonstrieren, was die Schülerinnen und Schüler vom Militär zu erwarten haben.

Auf Flugblättern wurde gefordert, das Kooperationsabkommen des Kultusministeriums mit der Bundeswehr zu kündigen und die Bundeswehr aus der Schule zu werfen.

Der Schulleiter rief jedoch die Polizei herbei, um die Anti-Militär-Aktion zu beenden. Außerdem erstattete er Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Bei Schülern und in der lokalen Öffentlichkeit traf die Aktion dennoch auch auf Zustimmung.

Bild: Heinz Klee

30. Januar: VVN gedenkt der Opfer des Faschismus in Emden

Allianzen als Gebot der Stunde

Zur Tradition der VVN-BdA KV Ostfriesland gehört es, am Jahrestag der Machtübertragung an die Faschisten der Opfer zu gedenken. Wie jedes Jahr trafen sich deshalb Antifaschistinnen und Antifaschisten an der Stele für die Opfer des Faschismus in der Brückstraße in Emden.

Foto: Michael Skoruppa



Hermann Bertus vom Vorstand der VVN-BdA erinnerte an die nicht zu Ende geführte Novemberrevolution von 1918/19, die Spaltung der Arbeiterbewegung und an eine Republik, die Weimarer, der sich das Bürgertum verweigerte. Die Machtübertragung an Adolf Hitler am 30. Januar 1933 besiegelte das Ende einer Demokratie in Deutschland, die von Anfang an bekämpft worden war.

Die Eingabe führender Großindustrieller, Bankiers und Großgrundbesitzer an den Reichspräsidenten Hindenburg enthielt die Forderung nach sofortiger Übertragung der Kanzlerschaft an Hitler. Dieser Forderung kam Hindenburg am 30. Januar 1933 nach. Politische Gegner wie Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter wurden schon frühzeitig inhaftiert und ermordet, die ersten Konzentrationslager entstanden bereits im März 1933.

»Wir gedenken hier derjenigen Mitbürgerinnen und Mitbürger jüdischen Glaubens, die in Viehwaggons ins Ghetto und von da in die Gaskammern oder in die Arbeitslager zur Profitmaximierung deutscher Konzerne verbracht wurden. Wir gedenken aber auch der vielen namenlosen Opfer, die nicht in das faschistische Weltbild passten«, so Hermann Bertus.

»Wir können die zahllosen Opfer nicht wieder zum Leben erwecken, aber wir sind ihnen eines schuldig: In einem 'öffentlichen Gedenken' das Versprechen zu geben, dass das, was passierte, sich nie wiederholen darf. Dafür stehen wir hier.

Rechter Rand prägend

Trotz vieler guter Ansätze konnten die richtigen Lehren in der Bundesrepublik auch nach 1945 nicht gezogen werden. Anders als die Weimarer konnte die Bonner Republik die Linken entweder weitgehend zur Anpassung zwingen oder andererseits unterdrücken. Jahrelang wurde die kommunistische Linke in

der Bonner Republik sogar in die Illegalität getrieben. Gleichzeitig war der rechte Rand sehr prägend. Der rechte Rand erweiterte sich zur Mitte. Hier gaben die alten Nazis vielfach den Ton an.

Nach 1945 wurden die alten Besitz- und Machtverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland wieder hergestellt. Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Antikommunismus von Neofaschisten sowie rechten konservativen Politikern dürfen nicht ein zweites Mal widerspruchslos hingenommen werden. Verharmlosung und Duldung ist zu bekämpfen.

Das Gebot der Stunde

Gegen wachsende Gefahren von rechts sind gesellschaftliche Allianzen ein Gebot der Stunde. Den Geschichtsfälschern gilt es entgegen zu treten. Kämpfen wir gemeinsam für soziale Sicherheit, gegen Demokratieabbau und für den Frieden! Für uns gibt es kein Vergeben und kein Vergessen. Antifaschismus heißt nicht nur, das Gedenken an die Opfer der deutschen Verbrechen hochzuhalten. Wir treten gegen Revanchismus und Geschichtsrevisionismus ein und entgegnen allen Geschichtsdrehern: Deutsche Täter sind keine Opfer – nicht in Dresden und auch nicht anderswo. Wir lassen es nicht zu, dass die Faschisten unbehelligt ihre menschenverachtende Ideologie auf die Straße tragen. Deshalb rufen wir dazu auf, sich ihnen in den Weg zu stellen. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!«

Veranstaltungshinweise

14. März 2014, 20-22 Uhr
Lesung mit anschließender Diskussion:
»Zonnebeke« von Detmar Müller, Freizeitheim Vahrenwald, Raum 12, Vahrenwalder Str. 92 in 20165 Hannover. Detmar Müller aus Oldenburg erzählt in seinem spannenden historischen Roman »Zonnebeke« eine deutsch-belgische Familiengeschichte, eingebunden in die dramatischen Ereignisse des Ersten Weltkrieges. Friedrich Rosenfeld ist gezwungen, im Vorgarten seiner belgischen Schwiegereltern Krieg zu führen, während seine Frau Antje als Belgierin in Berlin zunehmenden Anfeindungen ausgesetzt ist. Die Kinder

des Ehepaares bewältigen auf ihre Art die traumatische Situation. Der Autor steht nach der Lesung auch für eine Diskussion zur Verfügung.

27. April 2014, 13.30 Uhr
Gedenkfeier der VVN/BdA und des DGB Nord-Ost Niedersachsen auf dem Sowjetischen Kriegsgefangenenfriedhof Hörsten/Bergen-Belsen. Zur Anerkennung der sowjetischen Kriegsgefangenen als NS-Opfer kann eine Petition an den Deutschen Bundestag unterzeichnet werden: www.bundestag.de, ID Petition Nr. 49326.

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die MTB bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de

VVN-BdA Landesvereinigung
Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16,
30161 Hannover, Tel.: 0511-331136,
FAX: 0511-3360221,
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Redaktion: Michael Rose-Gille

VVN-Kreisverband Peine Jahresversammlung

Die Jahreshauptversammlung der Peiner VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten konnte auf ein erfolgreiches Jahr 2013 zurückblicken. Im Mittelpunkt stand die Veranstaltung zum »Tag der Befreiung« im Peiner Herzberg. An den Aktionen gegen NPD und Pro Deutschland waren Mitglieder der Organisation aktiv beteiligt, ebenso beim »Fest der Kulturen«, wo das Transparent »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen« große Aufmerksamkeit erfuhr.

In diesem Jahr werden Schülerinnen und Schüler der Peiner Bodenstedtschule wiederum den 8. Mai vorbereiten und durchführen. Zu den Anregungen gehörte, gemeinsam mit anderen Organisationen zum Ende des Jahres weitere Stolpersteine durch den Künstler Gunter Demnig verlegen zu lassen. Auf dem katholischen und dem evangelischen Friedhof sollen Infotafeln zum Gedenken an die Zwangsarbeiter, ähnlich wie in Bülten, aufgestellt werden.

Zum Delegierten für den Bundeskongress Ende Mai in Frankfurt wurde Peter Baumeister einstimmig gewählt.

Zum Schluss gab ein Teilnehmer bekannt, dass er eine umfangreiche Sammlung von Gerichtsurteilen besitzt, betreffend sowohl Gastwirte, die neofaschistischen Organisationen den Zutritt verwehrt haben als auch den Kampf gegen Thor Steinar-Läden. Diese Sammlung soll dem Bundesvorstand der VVN-BdA zur Verfügung gestellt werden.

Peter Baumeister

Europas neue politische Rechte – Ausgrenzung und Nationalismus als Zeichen der Krise

17. Antifaschistische Sozialkonferenz

Die Jahrestage der Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar 1945 und der Machtübergabe an die Nazis am 30. Januar 1933 wurde nun schon zum 17. Mal zum Anlass genommen, in Hannover eine Konferenz durchzuführen, die sich mit den ideologischen und organisatorischen Entwicklungen und Bedrohungen durch neofaschistische und andere Strömungen der politischen Rechten auseinandersetzt. Veranstalter war wie immer das breite Bündnis, das von »Arbeit und Leben« über verschiedene gewerkschaftliche Strukturen und den »Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt« bis zur VVN/BdA Hannover reicht.

Das Thema der diesjährigen Konferenz wurde unter dem Eindruck des wachsenden politischen Einflusses und der aktuellen Wahlerfolge der als »rechtspopulistisch« bezeichneten Parteien in mehreren Ländern Europas gewählt.

In der Einladung hieß es dazu: »Überall in Europa machen rechtspopulistische Parteien mobil gegen Zuwanderung aus islamischen Ländern, gegen Flüchtlinge aus Afrika, gegen den Euro und einen vermeintlichen Brüsseler Zentralismus. Nicht selten haben diese Parteien ihren Ursprung im rechtsradikalen, neonazistischen Milieu. Sie propagieren die Stärkung nationaler Souveränität oder fordern auf zum Kampf gegen weitere Hilfszahlungen und Solidarität für überschuldete EU-Staaten.

Auch in Deutschland ist dieses Thema nicht unbekannt. Gerade bekam eine Partei wie die AfD (Alternative für Deutschland) mit ihren europafeindlichen Parolen zur Bundestagswahl viel Zulauf aus dem rechtskonservativen bis rechten Lager. ... Auf der Tagung wollen wir der Frage nachgehen, wie das Erstarken der Rechten in Europa mit der Krise des Kapitalismus und dem Neoliberalismus in Zusammenhang steht. In Arbeitsgruppen werden wir dies an einigen Themen vertiefen.«

Die Konferenz wurde durch zwei Vorträge eingeleitet:

• Dr. Patrick Schreiner vom DGB Bezirk Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt sprach zum Thema »Nation, Ausgrenzung und Krise – Kritische Perspektiven auf Europa«. Er ist



Mitherausgeber eines gleichnamigen Sammelbandes (Münster 2013) und in seinem DGB-Bezirk zuständig für Wirtschafts- und Strukturpolitik, Umwelt und Europa.

• Phillip Becher, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Siegen, befasste sich mit »Rechtspopulismus in Europa«. Von ihm erschien zum Thema der Band »Rechtspopulismus« (Köln 2013). In seinem Beitrag ging es wesentlich auch um die Abgrenzung der Erscheinungen des rechten Populismus vom Faschismus und Neofaschismus. Er bezog sich dabei auf die grundlegenden Arbeiten von Reinhard Opitz und Reinhard Kühnl in Abgrenzung zu dem gängigen Mitte-rechts-links-Schema.

Zu beiden Beiträgen bahnte sich eine lebhaft Diskussions an, die jedoch angesichts des engen Zeitrahmens begrenzt werden musste. Nach der Mittagspause konnten wichtige Aspekte in drei Arbeitsgruppen vertieft werden:

- Laura Müller vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat e. V. diskutierte in der ersten Gruppe die Frage »Flüchtlingspolitik und Rassismus in Europa«.
- Dr. Gregor Kritidis, Mitarbeiter in der niedersächsischen Erwachsenenbildung, referierte über »Probleme mit der extremen Rechten in Griechenland und das Diktat der Troika«.



Oben: Gruppe »Agitprop Hannover«, oben links: Dr. Patrick Schreiner. links: Phillip Becher
alle Fotos: Reinhold Weismann-Kieser

- Phillip Becher diskutierte die Erscheinungen in Deutschland: »Neuer Rechtspopulismus und rechte Parteien in Deutschland«.

Musikalisch begleitet wurde die Konferenz durch Arbeiterlieder, vorgetragen von der Gruppe »Agitprop Hannover«. Sowohl die in den

einleitenden Referaten vorgetragenen Thesen als auch die Beiträge und Diskussionsergebnisse in den Arbeitsgruppen verdienen eine eingehendere Besprechung, die jedoch hier noch nicht geleistet werden kann. Sie wird an geeigneter Stelle nachgeholt. Die Probleme bleiben ja leider aktuell!

rww

VVN-BdA Göttingen und Wolfsburg Kampf gegen den Porsche-Mythos

Am 2. Dezember 2013 fand eine von der VVN-BdA Göttingen und dem Bildungswerk ver.di veranstaltete Lesung aus dem kritischen Porsche-Buch »75 Jahre ‚Stadt des KdF-Wagen‘ – Wolfsburg« statt. An der Veranstaltung nahmen etwa 35 Personen teil.

Hartwig Hohnsbein und unsere beiden Wolfsburger VVN-Kameraden Mecki und Alfred Hartung lasen Auszüge aus ihrem Buch und zeigten anhand von konkreten Beispielen, wie in Wolfsburg auch heute noch bestimmte Aspekte der NS-Zeit und personelle Kontinuitäten unter den Teppich gekehrt werden. Insbesondere der NS-Rüstungskonstrukteur Ferdinand Porsche gilt in der VW-Stadt weiterhin als unantastbare Figur. Dabei gehörte Porsche zu den führenden Zirkeln des NS-Staates, war SS-Oberführer (ein Generalsrang), Wehrwirtschaftsführer und Träger des »Totenkopfrings des Reichsführers SS«.

Unter seiner Ägide wurden über 25.000 Zwangsarbeiter, darunter 5.000-8.000 KZ-Häftlinge, in der Wolfsburger Rüstungsproduktion beschäftigt. Die VVN-BdA Wolfsburg setzt sich gemeinsam mit anderen Antifaschistinnen und Antifaschisten seit Jahren für eine kritische Geschichtsaufarbeitung und eine aktive Gedenkkultur ein. Das Buch ist ein Teil dieses zähen Kampfes gegen den Wolfsburger Porsche-Mythos.

Stephan Krull (Hrsg.): 75 Jahre ‚Stadt des KdF-Wagen‘ – Wolfsburg. Ossietzky Verlag Hannover, 2013, 164 Seiten, ISBN 978-3-944545-01-1 [14,95 EUR]

Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA NRW wagt sich an neue Programmatik heran

Antifaschismus in NRW für Hier und Heute



Falk Mikosch, wieder gewählter Landessprecher der VVN-BdA NRW

Das antifaschistische Erbe ganz konkret auf die Zukunftsaufgaben und die Lage in Nordrhein-Westfalen anzuwenden – mit diesem geglückten Versuch befasste sich die VVN-BdA-Landesdelegiertenkonferenz am Samstag, dem 8. Februar. Drei Schwerpunkte prägten die Debatten auf der Landesdelegiertenkonferenz sowie zugleich die Herausforderungen für die kommenden Jahre: Antifaschistische Perspektiven für NRW, Antimilitarismus und Antirassismus sowie das Engagement gegen den stärker aufkommenden Rechtspopulismus. Es wurde dabei nicht mit Kritik an der Landesregierung gespart. In einem Dokument, den einstimmig angenommenen »Programmatischen Eckpunkten«, wurde ein Bogen gespannt von den antifaschistischen Elementen der Landesverfassung von 1950 hin zur heutigen Aufgabenstellung:

Der Mensch und sein Recht auf Arbeit müssen im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens stehen und nicht der »Schutz materiellen Besitzes«, heißt es im Dokument in Bezug auf Artikel 24 der Landesverfassung. Und Artikel 26 und 27 bekräftigen dies mit der Betonung der Mitbestimmung und des Verbotes, »wirtschaftliche Macht (zu) missbrauchen«. Zugleich wird auch erinnert an den Auftrag, »Friedensgesinnung« zur Grundlage jeder Erziehung zu machen. Doch Rüstungsproduktion und Rüstungsexport auch aus NRW heraus, die Kriegspropaganda durch Jugendoffiziere in den Schulen und die landesseitige Unterstützung von wachsenden Bundeswehreinheiten zur Vorbereitung des Kampfdroheneinsatzes und von Reserventruppen für den »Heimatschutz« stehen den Verfassungsaufträgen im Wege. Verurteilt wurde, dass in NRW keine wirkliche Aufarbeitung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« und seiner mörderischen Anschlagserie in Dortmund, Köln

und Düsseldorf erfolgte, während der mitschuldige Verfassungsschutz durch ein neues VS-Gesetz geschönt und sein V-Leute-Apparat nicht beseitigt wurde.

Erfolgreiche Zusammenarbeit

Falk Mikosch und Jochen Vogler, bestätigte Landessprecher, sprachen über den Berichtszeitraum ab 2011, in dem der Antifaschismus und der Antimilitarismus sich deutlich als zwei Komponenten erwiesen, die theoretisch, historisch und heute handlungsbezogen eine enge Verbindung eingegangen sind. Durch die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den entsprechenden Organisationen und Initiativen konnten Synergieeffekte erzielt werden.

Die 83 Delegierten aus 22 Kreisorganisationen und zahlreiche Gäste befassten sich ausführlich mit den neuen Erscheinungen des Rechtspopulismus im Lande, dies besonders am Beispiel der nationalistischen, fremdenfeindlichen und antiparlamentarischen »Aktion

für Deutschland«. Sie erinnert in vieler Hinsicht an Vorläufer wie die »Deutschnationale Volkspartei« und an den Papen-Flügel des Zentrums, die später zum Bündnispartner des deutschen Faschismus wurden. Zu diesem Thema breitete der Sozialwissenschaftler Alexander Häusler von der Arbeitsstelle Neonazismus an der Fachhochschule Düsseldorf erschreckendes Faktenmaterial aus. Das Thema seiner Präsentation: »Die rechtspopulistische Lücke in Deutschland«. Seine Frage: »Die ‚Alternative für Deutschland‘ – eine neue rechtspopulistische Partei?«

Vor dem Hintergrund der Europawahl und zahlreicher Kommunalwahlen am 25. Mai bekamen seine differenzierten Ausführungen präventiven Charakter. Die Frage nach dem Rechtspopulismus der AfD muß wohl zustimmend beantwortet werden; bei der Frage nach dem Rechtsextremismus der AfD zögerte der Referent. Wenn es ein Rechtsextremismus sei, dann einer »von oben«, bezahlt und gesteuert durch die Wirtschaft und z. B. den Industriellenpräsidenten a. D. Hans-Olaf Henkel – was die Sache nicht ungefährlicher macht.

Zahlreiche Grußbotschaften

Auch NRW-Arbeitsminister Guntram Schneider betonte in seinem schriftlichen Grußwort: »Wir dürfen nicht nur den neofaschistischen Rand in den Blick nehmen. Wichtig ist zudem, die Spuren rechtsextremen und rassistischen Denkens bis in

die vermeintliche Mitte hinein zu verfolgen.« Weitere schriftliche oder mündliche Grußworte kamen vom DGB-Landesvorsitzenden Andreas Meyer-Lauber und von Ortwin Bickhove-Swidorski, Betriebsratsvorsitzender von sw.di-NRW; von Roman Franz (Landesverband Sinti und Roma), den Bundestagsabgeordneten der Linken Ulla Jelpke und Andrej Hunko, den Landtagsfraktionen von SPD und Grünen, von Gunhild Böth (Die Linke), Manfred Redkowski, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, dem NRW-Landesflüchtlingsrat, von Özlem Alev Demirel (DİFD), Felix Oekentorp, Landessprecher der VFG-VK, der Landesschüler/-innenvertretung NRW, der Bezirksvorsitzenden Marion Köster (Essen) und Klaus Stein (Köln) für die DKP und für die UZ Nina Hager.

Mikosch: »Wir sind heute leider in der Situation, dass wir mit immer weniger Zeitzeugen aus der Phase vor 1945 arbeiten können. Durch die Initiative ‚Kinder des Widerstandes‘ greifen wir aber den Faden der Generation der Opfer und des Widerstandes erfolgreich auf und verlängern ihn in die gegenwärtige und zukünftige anschauliche Arbeit.«

Ausstellung am Rande der Konferenz

Die Vielfalt der praktischen Arbeit in den einzelnen Kreisverbänden wurde auf zahlreichen Schautafeln dokumentiert. Bilanz: ein hervorragendes Engagement in den lokalen Facetten. Stark beachtet wurden die Berichte und Ausstellungsstücke



Alexander Häusler bei seinem Vortrag über die AfD

über die neuen Tätigkeitsfelder der Landesorganisation, als da sind die Arbeit der neuen Zeitzeugengruppen der »Kinder des Widerstandes« und der Geschichtskommission auf dem Gebiet der Erforschung und Dokumentation der »Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr von 1933 bis 1945«.

Der Sänger und Kabarettist Fred Ape aus Dortmund bot den Delegierten ein zugleich kurzweiliges wie tiefgründiges Intermezzo, wobei er die musikalischen Fähigkeiten des Publikums aktivierte.

Die Konferenz wählte Iris Bernert-Leushacke (Dortmund), Falk Mikosch (Düsseldorf) und Jochen Vogler (Wuppertal) zu Landessprecher/-innen, die einem neugewählten 14-köpfigen Geschäftsführenden Landesausschuss angehören. Jürgen Schuh wurde aus gesundheitlichen Gründen aus seiner Funktion als ehrenamtlicher Landesgeschäftsführer verabschiedet – mit Blumen, Beifall und viel Dankeschön.

Abschlusskommentar von Peter Trinogga, Köln: Die Anerkennung, die sich in den Besuchen von Gästen auf der Konferenz und in den Grußworten ausdrückte, zeige aber auch, dass die Organisation zukünftig noch aktiver werden muss, um die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Der »Nachteil«, den die Grüße mit sich brachten, war allerdings, dass die Zeit der Konferenz bei weitem nicht ausreichte, um sich mit allen anstehenden Fragen so ausführlich wie nötig zu beschäftigen. So blieb nach der intensiven Diskussion des inhaltlichen Leitantes keine Zeit mehr, um auch die übrigen Anträge zu debattieren – sie wurden zur weiteren Diskussion und Beschlussfassung an den Landesausschuss verwiesen. Verabschiedet wurden jedoch ein Aufruf zum Ostermarsch und eine Solidaritätserklärung für Mumia Abu-Jamal, Ehrenmitglied der VVN-BdA und zu Unrecht zu lebenslänglich verurteilter afroamerikanischer Journalist. **tri/US/UK**



alle Fotos: jovofoto

Diskussion um Täterforschung

Was wurde aus dem Vorschlag von Ignaz Bubis?

Auf der Mailingliste [ns-zwangsarbeit], auf der sich im Internet seit über zwölf Jahren Historiker, Publizisten, Archivare und Gedenkstättenmitarbeiter über Fragen der Dokumentation der NS-Zwangsarbeit zugunsten der Überlebenden und ihrer Entschädigung austauschen, veröffentlichte Ulrich Sander seinen Bericht über die Rallye »Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945«, den er auf der Landesdelegiertenkonferenz erstattet hatte.

Dr. Bernhard Bremberger, Moderator der Liste, schrieb daraufhin in einer Art »offenen Brief« an Ulrich Sander: »Sie schreiben 1.) ‚Wir füllen [...] Wissenslücken in unserer Gesellschaft – und dazu zählt das, was Ignaz Bubis einmal das Fehlen der Aufarbeitung der NS-Täterschaft der Unternehmer im Lande nannte, und 2.) ‚Die von dem damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden entdeckte Lücke in der Geschichtsarbeit versuchen wir zu füllen. Leider sind wir derzeit wohl die einzigen, die dies unternehmen.‘ Verstehe ich das richtig, dass Sie (also die VVN) sich als ‚die einzigen‘ mit der ‚Aufarbeitung der NS-Täterschaft der Unternehmer im Lande‘ beschäftigen? Gibt es sonst niemanden?«

Antwort von Ulrich Sander: »Ihre Frage freut mich aufrichtig. Sie drückt aus, dass wir als Aufklärer über die Verbrechen der Wirtschaft 1933-

1945 kein Alleinstellungsmerkmal haben. Wer wegen antifaschistischer Kapitalismuskritik bereits in Verfassungsschutzberichten gelandet ist – und es ist uns ja passiert –, freut sich über Solidarität. (...) Dass es in Oberhausen und Essen bereits zwei Gedenkstätten gibt, in denen die antifaschistische Kapitalismuskritik getilgt wurde, weist auf bedauerliche Entwicklungen hin. Die Stadt Hagen ließ über mich verbreiten, ich hätte einen schlechten linksextremistischen Ruf, weshalb man unsere Forderung nach Offenlegung der Verbrechen und der Tatorte des Quandt-Clans in Hagen gern vergessen dürfe.

Wir betrachten unser Projekt auch als Beitrag zur Wissenschaftsfreiheit. Und als Füllen einer Wissenslücke. Die Wehrmachtausstellung hat sehr verdienstvoll die Zahl der Aufklärungsaktionen der verschiedenen Branchen und Berufsgruppen ergänzt. Die Unternehmerschaft hat bisher

noch nichts Derartiges zustande gebracht. Packen wir es an.«

Mit ihrer Bilanz der Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr und auch mit dem Buch »Von Arisierung bis Zwangsarbeit« hat die VVN-BdA auf die Tatsache Bezug genommen, dass wohl alle Berufsgruppen, Branchen und Wissenschaftszweige ihre NS-Geschichte aufgearbeitet haben, nicht jedoch das Militär und Industrie, Handel, Banken, Landwirtschaft und Handwerk. Als zivile Forscher die Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1945« schufen und unter starker öffentlicher Beachtung zeigten, kam von Ignaz Bubis die Frage: Und wo bleiben die Unternehmer, die Wirtschaft, wo ist ihre Ausstellung? Eine solche Ausstellung kam nicht zustande. Industrie, Handel und Finanzwirtschaft glaubten wohl irrtümlich, mit Zahlungen an die Stiftung zur Zwangsarbeiterentschädigung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« sei alles erledigt.

Daher beschlossen wir, an die Arbeit für eine Dokumentation und Ausstellung zu den Verbrechen der Wirtschaft in der NS-Zeit heranzugehen. Viel ist schon geleistet worden, doch beispielsweise die bundesweite Aufklärung über Quandt harret noch

der Verwirklichung. Darauf wollen wir mit der Veröffentlichung auf der Mailingliste [ns-zwangsarbeit] hinweisen.

Von den Listenmitgliedern wurde unser Text stark beachtet, es erreichten uns Ratschläge und Dokumente weit über unseren Bereich NRW hinaus. Dafür danken wir. Auf der Mailingliste [ns-zwangsarbeit] wird nunmehr auch erörtert, wie die unzähligen Berichte, die in den letzten Jahren zur Täterschaft der Betriebe und Konzerne auf der Liste veröffentlicht wurden, zu einer Gesamtdokumentation zusammengefasst werden können, beginnend mit der Bauwirtschaft. Ein sehr zu begrüßendes Unterfangen. **U.S.**

Redaktion: Ulrich Sander

Landesbüro der VVN-BdA NRW
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de

Viele weitere Informationen, fast täglich neu, sind unter www.nrw.vvn-bda.de zu finden. Wir bitten um Spenden für unsere Arbeit.

Unser Spendenkonto:

Die neue Kontonummer ist: Postbank Essen,
IBAN: DE 03 3601 0043 0028 2124 35
BIC (SWIFT): PBNKDEFF

»Wider das Vergessen« - Zeitzeugengespräche mit Schülern in Hoyerswerda

Kinder und Enkel übernehmen den Staffelstab

Seit 18 Jahren findet in Hoyerswerda das gemeinsame Projekt »Wider das Vergessen« statt. Es wird vom Stadtverband Hoyerswerda des VVN-BdA, der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Demokratie und Lebensperspektiven e. V. (RAA) Ostsachsen und der Stadtverwaltung Hoyerswerda gemeinsam getragen. Verteilt über das ganze Jahr, finden Besuche von Gedenkstätten und Ausstellungen, finden Lehrerfortbildungen und Filmdiskussionen statt. Ein Höhepunkt sind jeweils im Januar die Treffen von über hundert Schülern mit Menschen, welche die Nazi-Herrschaft in Deutschland selbst erlebt und erlitten haben.

Im Januar 2014 trafen wieder acht Zeitzeugen, herzlich begrüßt durch Oberbürgermeister Stefan Skora (CDU), in Hoyerswerda ein. Unter ihnen waren vier Vertreter der »zweiten Generation« – Kinder von Verfolgten des Naziregimes, die über die Erlebnisse ihrer Eltern und ihr Heranwachsen in antifaschistisch orientierten Familien berichteten.

Im Jugendklubhaus »OSSl« begann der zweitägige Besuch mit einer Buchlesung durch die Schauspielerinnen Vera Kreyer aus Berlin. Abends gab es einen Empfang des Oberbürgermeisters, bei dem ein gelungenes Schülerprojekt vorgestellt wurde: Sie hatten fünf Zeitzeugen besucht, befragt und daraus fünf Kurzfilme produziert, die die Erinnerung bewahren und eingesetzt werden sollen, wenn die Zeitzeugen nicht mehr befragt werden können.

Am zweiten Tag fanden, nach einer feierlichen Eröffnung im großen Saal der Sparkasse, die von Schülern kulturell gestaltet wurde, die Gespräche in fünf Schulen statt. Hier zeigte sich, dass die Kinder der NS-Verfolgten ebenso lebendig und fesselnd berichten konnten wie die Zeitzeugen selbst. Eines von ihnen wurde in England während der Emigration geboren, ein anderes erzählte, dass es erst nach und nach begriff, was der Vater als Widerstandskämpfer tat. Eine im tschechischen Sudetenland

geborene Freundin berichtete, wie ihre Eltern mit ihr vor den einrückenden Nazis fliehen mussten und internationale Solidarität von Holländern und Engländern ihnen half. Ein weiteres wuchs als Kind eines Buchenwaldhäftlings auf.

Die Organisatoren der Projekt-tage und mit ihnen die Lehrer sind entschlossen, diese Form des lebendigen Geschichtsunterrichts und der Erziehung zu demokratischem und humanistischem Denken und Handeln auch in den kommenden Jahren fortzusetzen. Die Kinder und Enkel der Verfolgten und Opfer des Naziregimes haben ihre aktive Mitwirkung versprochen.

Peter Giersich - Auerbach/Vogtl.

Gedenken und Mahnen am 13. Februar

Dresden nazifrei?

Am 13. Februar wurde in Dresden der Zerstörung von 1945 gedacht. Neonazis missbrauchten den Tag jahrelang. Die Verantwortlichen der Stadt beginnen, wenn auch nur zögerlich, zu erkennen, dass Erinnern und Mahnen nur im Konsens einer breiten Öffentlichkeit möglich ist.

2014 war das Gedenken sehr vielfältig. Auf dem Johannisfriedhof wurde gemeinsam mit Schülern der 88. Oberschule am 12. Februar an die Todesopfer erinnert. Die zentrale Veranstaltung auf dem Heidefriedhof stand unter dem Symbol der weißen Rose. Es wurde daran erinnert, dass Dresden keine »unschuldige Stadt« war. Dazu organisierte das Bündnis »Dresden nazifrei« die Demo entlang der Täterspuren. 3.000 Teilnehmer zeigten ihre Entschlossenheit,

Ein wunderschöner Tag

Freitag, 7. Februar 2014. Wir sind zur Geburtstagsfeier nach Dresden geladen und stolz, Gäste sein zu dürfen. Der Jubilar wird heute 95 Jahre alt. Wer ihm begegnet, würde es nicht glauben. Es ist unser Frido, ein vitaler, geistig reger, meist lustiger und kluger Mann.

Fridolin Seydewitz, Ehrenvorsitzender des VVN-BdA Sachsen. Einer, über den es viel zu sagen gibt und der uns viel zu sagen hat. Er ist es, der uns immer wieder mahnt, wenn wir uns allzu sehr im Tagesgeschehen bewegen und dabei außer Acht lassen, dass unser Motto »Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus« lautet. Der uns erinnert: Deutschland gehört zu den größten Rüstungsexporturen und ist wieder eine kriegführende Nation. Wenn wir uns nur mit den neuen Nazis beschäftigen, erfüllen wir nur die Hälfte unserer Aufgabe.

Heute sind wir gekommen, um ihm »danke« zu sagen. Mit uns, den Kameradinnen und Kameraden des VVN-BdA, kamen viele andere, darunter auch eine Schar kleiner Sänger aus dem Kindergarten nebenan. Sie sangen, gratulierten und freuten sich, als Frido sie einlud. In den Reden kam so manche Anekdote, doch auch Besinnliches zur Sprache. Ein russischer Chor trat auf und Frido sang begeistert mit. Schüler aus Hoyerswerda zeigten ihren Film über und mit Frido.

Es war ein interessanter und wunderschöner Tag. Auf die Frage, wann das Buch über sein Leben fertig sei, antwortete Frido, es dauere noch ein wenig, aber zu seinem nächsten »runden« auf jeden Fall.

Wir freuen uns drauf und sind bestimmt zur Stelle. Versprochen!

Wolfgang Engel - Chemnitz

waren zum Beispiel Prof. Heinrich Fink, Vorsitzender der VVN-BdA, Regina Elsner, erste Sprecherin des VVN-BdA Sachsen, der Sänger Sebastian Krumbiegel, Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröder, MdEP Cornelia Ernst und der Jugendpfarrer Lothar König.

Etwa 500 Nazis hatten trotzdem die Möglichkeit, am 12. Februar in Dresden zu marschieren. Die Stadtverwaltung genehmigte (!) eine Kundgebung mit anschließendem Marsch durch das Zentrum. Zwei Kundgebungen – vor dem Rathaus und am Hauptbahnhof – gab es. Alles unter massivem Schutz der Polizei. Warum wurden die Anmeldungen verschwiegen? Sicherlich, um Blockierungen durch aufrechte Antifaschisten zu verhindern. Auch auf dem Heidefriedhof waren Nazis anwesend und konnten Kränze niederlegen. Wann bezieht die Stadt endlich alle Antifaschisten im Kampf gegen die Nazis ein?

Roland Hering - Radebeul



Unsere Kameraden beim Gang auf den Täterspuren

Die Vielfalt der beteiligten Parteien, Organisationen und Bündnisse zeigt sich auch im bunten Bild der Demonstranten. Unter den Teilnehmern

V.i.S.d.P. Peter Giersich
Redaktion: Landesverband des VVN-BdA Sachsen, Strehleiner Straße 14, 01069 Dresden, Tel.: 0351/49019 03,
E-Mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de
Spendenkonto: Commerzbank Dresden, BLZ: 850 800 00, Konto Nr. 052 82111 00, IBAN: DE47 8508 0000 0528 2111 00, BIC: DRESDE FE 850